

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

236 (11.10.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MTTTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getheilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gesamtzeilenpreis 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichtabgabe des Zahlungsbillets, bei gerichtlichem Verfahren und bei Konten außer Kraft tritt. Geschäftsverträge und Geschäftsbedingungen im Anhang.

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, jährlich 21,84 Mark. Ohne Zustellung 1,90 Mark. Durch die Post 2,36 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Geschäftsverträge monatlich vormittags 11 Uhr o. Nachmittags 2.30 Uhr. Geschäftsverträge o. Geschäftsbedingungen: Karlsruhe i. B., Waldstraße 26 o. General 7020/7021 o. Döllersheiderstraße 12. Druck: Druckerei G. D. Böhm, Tagelöhnerstr. 12. Redaktion: R. Odenberg, Reublitze, 4.

Nummer 236

Karlsruhe, Dienstag, den 11. Oktober 1932

52. Jahrgang

Ein geschichtlicher Prozeß

Vor dem Staatsgerichtshof - Die Klage Preußens, Bayerns und Badens hat die Junkerregierung verfassungswidrig gehandelt? - Das Schicksal des Reichs steht auf dem Spiel. Wird das Schauspiel zur Tragödie werden?

Der erste Verhandlungstag

Am 10. Okt. Unter dem Vorsitz des Staatsgerichtshofpräsidenten Dr. Bunte begann heute vormittag die Verhandlung der Klage, die Preußen, Bayern und Baden gegen das Reich wegen der vom Kabinett Papen gegen Preußen verhängten Exekution vom 20. Juli anstrengt haben.

Unter den Zuhörern bemerkte man führende Juristen und Staatsrechtler. Schon längere Zeit vor dem auf 1/11 Uhr anberaumten Verhandlungstermin waren die Zuhörerplätze des Hauptsaales des Staatsgerichtshofs völlig besetzt.

Preußen wird auf der Anklagebank plaziert

Die Proseparteien selbst sind durch die regelrechten Delegationen vertreten. Die Vertretung der preußischen Staatsregierung hat in der umfiedelten Anklagebank Platz gefunden, während die Vertretung des Reiches auf der gegenüberliegenden Seite ihre Plätze einnimmt.

Um 11 Uhr betrat Reichsgerichtspräsident Dr. Bunte den Verhandlungssaal. Dem Richterkollegium gehörten außer dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bunte als Vorsitzenden noch an als Beisitzer: Die Reichsgerichtspräsidenten Schmitz (Berichterstatter), Treibel, Dr. Schwab sowie die Oberverwaltungsgerichtspräsidenten Dr. v. Müller-Berlin, Dr. Gumbel-München und Dr. Striegler-Dresden. Die Vertretung der preußischen Staatsregierung führt Ministerialdirektor Dr. Brecht.

Der Herr Kanzler ist nicht vertreten

Ehe die eigentliche Verhandlung beginnt, stellt Reichsgerichtspräsident Dr. Bunte fest, daß der Reichskanzler als preußischer Reichskommissar nicht besonders vertreten ist. Der Vertreter des Reichs, Ministerialdirektor Dr. Goltz, verweist darauf, daß diese besondere Vertretung sich erübrigt, wie das Reich bei seinen Schriftsätzen ausgeführt habe. Auch der preußische Vertreter Dr. Brecht beantragt, weiter zu verhandeln. Darauf hielt der Reichsgerichtshof ein längeres Referat aus den verhandelten Schriftsätzen der Proseparteien, das die Ursachen des Rechtsstreits darlegt und die Auffassungen der Proseparteien widerlegt.

Herr Dr. Bumbke protestiert

Zu Beginn der Verhandlung hielt der Berichterstatter des Staatsgerichtshofs ein längeres Referat über die Schriftsätze der Proseparteien, die die Ursachen des Rechtsstreits darlegen. Dr. Bumbke vermahnte sich scharf gegen den Vorwurf einer Verschönerung der Verhandlungen, der in der Öffentlichkeit laut geworden sei. Der Berichterstatter habe nur darüber zu entscheiden, ob sich die Ereignisse im Rahmen der Verfassung abspielten. Gestützt werden soll, welches die tatsächliche Lage am 20. Juli war und worauf sich die Anklage stütze, daß gegen Preußen vorgegangen werden mußte, wie es geschehen ist.

Die Anklage Preußens

Hierauf erhielt für die Klageparteien zunächst Ministerialdirektor Dr. Brecht das Wort zur Erörterung der Vorgänge vom 20. Juli. Er führte aus: Seit den Septemberwahlen 1930 besteht eine einseitige Herrschaft in den deutschen Parlamentskörpern. Nicht nur in Preußen, sondern auch in den anderen Ländern. Es bestand einseitig die Herrschaft der legalen Ausübung der Macht durch die NSDAP, die selbst verlangte: Alles oder nichts! Das Problem, ob man unter diesen Umständen der NSDAP, die staatliche Macht in die Hand geben kann, ist seit zwei Jahren und noch heute das große Problem der inneren Politik. Eine Mehrheit hat die NSDAP, weder in preußischen Landtag noch im Reichstag.

Alle wollten die Nazis nicht an die Macht lassen

Bisher haben alle verantwortlichen Stellen es abgelehnt, der NSDAP, als Minderheit die entscheidende staatliche Macht in die Hand zu geben; das haben der Herr Reichspräsident und der Reichskanzler Brüning vom September 1930 bis Mai 1932, der Reichspräsident Brüning vom Februar 1932 bis heute, der Herr Reichspräsident Brüning und Reichskanzler von Papen Mitte August und nochmals Ende August abgelehnt. Herr v. Papen ging sogar soweit, daß er Verträge des Reichs mit dem Reichstag, in einer parlamentarischen Basis zu gelangen, vollständig durchkreuzte.

In diesem verhältnismäßig gleichmäßigen Ablauf hat es eine Episode gegeben:

Die Einigung v. Papen-Hitler

Diese dauerte vom 1. Juni bis 13. August.

Papen-Barone durch Hitlers Unterstützung

Die NSDAP versprach der Regierung Papen als Präsidialkabinett die Unterstützung, und zwar ohne nationalsozialistische Beteiligung, und für die ganze Dauer des Kabinetts.

Dieses Versprechen gaben die Nationalsozialisten natürlich nur gegen bestimmte Zusicherungen ab. Diese waren u. a.: Aufhebung des Uniformverbots, Wiedererlaubnis der verbotenen Sturmabteilungen, Beilegung der jetzigen preußischen Regierung, insbesondere der Leitung der Polizei.

Am 14. Juni erfolgte darauf die verprochene Aufhebung des Uniformverbots und des Verbots der Sturmabteilungen. Am 28. Juni wurde den Ländern verboten, etwas Ähnliches für sich allein zu machen. Sodann kam die

Annäherung direkter Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kroll, um eine Rechtsregierung in Preußen zu bilden zu beinahe, und schließlich am 20. Juli die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen. Am 13. August folgte dann die Entsetzung mit der NSDAP.

Dr. Brecht schilderte dann die Bedeutung der

Episode Papen-Hitler vom politischen Standpunkt und vom Standpunkt der Länder. In diesem Zusammenhang verwies Dr. Brecht auf die fälschlich veröffentlichte Statistik der Todesopfer. Der Kausalzusammenhang der ganzen Ereignisreihe liege klar zutage.

Die Aufhebung des Uniformverbots und die Steigerung der Anwesenheit, die darauf einsetzten, und ebenso der Zusammenstoß zwischen den Abmachungen bei der Einsetzung der Regierung v. Papen und ihre Unterstützung durch die Nationalsozialisten auf der einen Seite und das Vorgehen gegen die preußische Regierung auf der anderen Seite.

Es liegt ihm fern, politische Anarchose gegen die Reichsregierung zu richten. Es handele sich nur um die rechtmäßige Zulässigkeit der Maßnahmen. In dem Kampf gegen verbrecherische Vorkommnisse, die aus dem Lager der äußersten Rechten kamen, habe es zwei Möglichkeiten gegeben: Die kriminalistische Bekämpfung und den politischen Kampf, die nationalsozialistischen Grundlagen zu ändern, aus denen heraus die Verbrechen begangen wurden. In den Kreisen des Reichskanzlers v. Papen habe man offenbar den zweiten Weg gehen wollen, um so den Aufkaufwillen der nationalsozialistischen Bewegung zu betonen und zu bekämpfen.

Aber dabei hätte er die Grenzen der Verfassung wahren müssen, und das sei bei der Wählung der preußischen Regierung nicht geschehen.

Dr. Brecht geht dann ausführlich auf die Vorwürfe ein, die die Reichsregierung als Grundlage ihres Vorgehens gegen Preußen erhoben habe.

Verfassungswidrig - und zunächst nicht einmal einer Ausrede fähig

In der Besprechung vom 20. Juli in der Reichskanzlei, als Braun und Severing für abgelehnt erklärt wurden, hätten die Vertreter des Reiches auf wiederholte Fragen nach den eigentlichen tatsächlichen Gründen lediglich mit einem Aufheulreden geantwortet.

Erst am 15. August seien dann tatsächliche Vorwürfe erhoben. Dr. Brecht weist die einzelnen Vorwürfe des Reiches in ausführlichen Darlegungen ab.

Dem damaligen Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Heß, sei unterstellt worden, er hätte den Kommunisten erklärt, sie müssten Terrorakte vornehmen, sie aber auf eine bestimmte Weise verstellen. Es sei unfaßlich, daß diese Unterstellung noch nicht zurückgenommen sei. Jeder, der Staatssekretär Heß kenne, wisse, daß dieser seit 1925 im Staatsdienst beschäftigte Mann keine ganze Kraft für die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Ausbau der Sicherheit eingesetzt habe. Dr. Brecht erinnert daran, daß Grafenlöffel als preußischer Innenminister das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durchgeföhrt, und daß Severing als damaliger Reichsinnenminister dafür eintrat, daß dieses Verbot auf das ganze Reich übernommen wurde.

Was will Preußen mit seiner Klage? Gegenstand unserer Klage ist nicht die politische Zweckmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung, nicht einmal die gute Absicht der Reichsregierung, sondern lediglich die rechtliche Zulässigkeit ihres Vorgehens. Gegenstand des Streites ist vor allem die Vertretung Preußens und seiner Minister von dem die Ehre des Landes und seiner Vertreter

aufs tiefste kränkende Vorwurf, daß das Land Preußen die ihm nach der Reichsverfassung und den Reichsgelehen obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe und daher sequestriert werden könne und müsse. Preußen und die preußischen Minister nehmen es an Reichsseite mit jedem auf, sei es wer es wolle. Der preußische Ministerpräsident und die Staatsminister erwarten mit Bestimmtheit eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs, wonach die Verordnung vom 20. Juli (D. Red.) in dieser Form, in der sie erlassen ist, aufgehoben werden muß. Dann ist es Sache des politischen Geschicks, eine andere Lösung zu finden, bis der Landtag eine neue Regierung ernannt. Insbesondere hinsichtlich der Union Reich-Preußen sind die Bestrebungen in neuerer, besserer Form fortzusetzen und verfassungsmäßig zu regeln. Die preußischen Minister stellen ihre Perion dabei vollständig zurück. An der Perionstrae wird es nicht scheitern. Aber dieses politische System zu meistern, ist nicht die Angelegenheit dieses Verfahrens, in dem es sich nur darum handeln darf, Recht ist Recht."

Eine Erklärung Bayerns

Im Namen der bayerischen Regierung gab Staatsrat Jan die folgende Erklärung ab: Der Sinn der bayerischen Klage ist ein durchaus anderer als der Sinn der preußischen Klage. Die bayerische Klage richtet sich nicht unmittelbar auf die Verordnung vom 20. Juli, sie richtet sich nicht gegen die Veranlassung, sondern in die Zukunft. Es kommt darauf an, im bundesfreundlichen Sinne die Grundlage für die zukünftige Anwendung des Art. 48 zu finden.

Die Stellungnahme der badischen Regierung

Für die badische Regierung erklärte Ministerialdirektor Dr. Goltz: Auch der badischen Regierung kommt es darauf an, die absoluten und relativen Grenzen festzustellen, welche der Reichsregierung hinsichtlich der Anwendung des Art. 48 gezogen sind. Die badische Regierung hält diese Feststellung für nötig, nachdem auch nach ihrer Meinung beim Vorgehen des Reiches gegen Preußen eine Auffassung der Reichsregierung zutage getreten ist, die die badische Regierung als mit der Verfassung nicht mehr vereinbar anzusehen mag.

Die „Argumente“ der Papen-Regierung

Der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Goltz, heiner, vom Reichsinnenministerium führte aus: Die Reichsregierung tritt der Auffassung über die Unannehmlichkeit ihrer Maßnahmen, die der preußische Vertreter vorbrachte, nachdrücklich entgegen. Ihre Maßnahmen sollten dem Zweck dienen und haben auch dem Zweck gedient, für den Erregungstoff, der sich durch die einseitige Behandlung der Nationalsozialisten angestaut hatte, ein Ventil zu schaffen, und dabei einem politischen Ausbruch, einem Bürgerkrieg vorzubeugen. Die objektive Sachlage, die das Vorgehen des Reichs für die Verordnung vom 20. Juli notwendig gemacht hat, ist in erster Linie durch die blutigen Unruhen des Sommers 1932 gekennzeichnet. Schließlich habe Minister Severing die Sachlage, die der Reichsregierung Veranlassung zu ihrem Vorgehen gegeben habe, genau so beurteilt, wie die Reichsregierung selber. Mitte Juni habe Severing gegenüber dem gegenwärtigen Reichsinnenminister erklärt, daß er sich an dem Geschehen über die angeblich bevorstehende Einsetzung des Reichskommissars für Preußen nicht beteiligen werde, weil er persönlich der Ansicht sei, daß diese Maßnahme sich nicht vermeiden lasse. Im weiteren Verlauf dieser Unterredung habe Minister Severing mit Rücksicht auf diese Einsetzung des Reichskommissars erklärt: „Warten Sie nicht mehr länger!“ Die Reichsregierung habe nicht die Absicht gehabt, etwa die Ehre Severings anzugreifen. Es sei aber für sie außerordentlich interessant, daß ein so hauer Mensch wie Minister Severing die Situation genau so beurteilt habe, wie die Reichsregierung selber.

Die Baronsregierung soll endlich beweisen, nicht nur behaupten

Professor Heller-Frankfurt, der Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erlucht den Ministerialdirektor Goltzheiner den Brief vorzulegen, in dem der Ministerpräsident Braun sich befriedigt über seine Gehaltsregelung ausgesprochen habe und diese Frage als wesentlichen Punkt der ganzen Sache bezeichnet haben wolle. Ich muß, so fährt er fort, die Wahrheit der Behauptungen über einen solchen Brief bis zur Klage des Briefes bezweifeln, ebenso wie ich bezweifle, daß Minister Severing sich selbst für die Einsetzung des Reichskommissars erklärt haben soll. In den Akten und

Schriftfäden, die doch sehr umfangreich sind, ist von dieser Behauptung nicht die Rede.

Professor Heller bringt dann einen Antrag ein, der das Zustandekommen der letzten Regierung beleuchtet.

Der Antrag soll darin bestehen, daß die Reichsregierung sich bei ihrem Vorgehen gegen Preußen nicht nur auf den Art. 48 stütze, sondern das ein Abkommen mit den Nationalsozialisten darüber bestanden hätte, die dieses Vorgehen befürworteten.

Als Zeugen benennt die preussische Regierung für diese Fragen den Reichsminister v. Papen, ferner Adolf Hitler und Herrn v. Gleichen. Professor Heller zitiert noch Veröffentlichungen bzw. Briefe des Vorsitzenden des Herrenklubs Herrn v. Eichenleben und des Herrn v. Gleichen, aus denen hervorgehe,

daß die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen schon im Juni beinahe gleichzeitig mit dem Amtsantritt des Kabinetts v. Papen so gut wie beschlossen gewesen sei.

Diese Abmachungen, die Herr v. Gleichen bezeugt habe, qualifizieren das Vorgehen der Reichsregierung als Beweis des Mißtrauens. Die neue Ladung des Reichswehrministers v. Schleicher, der über wichtige Fragen Ausschluß geben könne, solle vorläufig noch nicht beantragt werden, bleibe aber vorbehalten, weil es den preussischen Vertretern darauf ankomme, die unerhörte Diskriminierung der preussischen Regierung abzuwehren.

Ministerialdirektor Dr. Bredt erklärte: Die preussischen Vertreter hätten den Oberreichsanwalt Ebnerer als Zeugen dafür geladen, daß das Material, das die Staatsfeindlichkeit der Kommunisten darste, im wesentlichen von der preussischen Staatsregierung geliefert sei. In seiner weiteren Replik hält Ministerialdirektor Dr. Bredt den Ausführungen des Ministerialdirektors Gottheimer gegenüber seine Behauptungen aufrecht, daß bei den Besprechungen zwischen v. Papen und den Nationalsozialisten auch das Vorgehen gegen Preußen zum Gegenstand der Abmachungen gemacht worden sei.

Wenn die Vertreter der Reichsregierung darauf bestanden, daß die Staatssekretäre vor den Maßnahmen gehört worden seien, so behalte er sich vor, die Staatssekretäre, u. a. Dr. Zweigert, als Zeugen zu benennen. Auf der dritten Konferenz am 20. Juli mittags seien die Minister nicht anwesend gewesen. Es bleibe bestehen, daß sie erst durch die Rundfunkrede am Abend unterrichtet worden seien. Wichtig sei das Zugeständnis, daß die fünf Minister abgelehnt worden seien, weil sie die Zusammenarbeit angelehnt hätten.

Tatsächlich sei es aber so, daß die Minister nicht die Zusammenarbeit mit dem Reichsanwalt angelehnt hätten, sondern für deren einladenden Vorschlag der preussische Ministerpräsident bezeichnet worden war. Die heute von Ministerialdirektor Gottheimer neu aufgestellte Behauptung, daß Minister Severing selbst die Bestellung des Reichskommissars gefordert habe, erklärt Dr. Bredt für völlig unglaubhaft.

Der Vorsitzende Dr. Bunte stellte darauf die Frage, ob die preussischen Minister die Einladung zu einer Sitzung des Staatsministeriums, falls sie in einer anderen Form erfolgt wäre, angenommen hätten und weiter, ob sie bereit gewesen wären, mit dem Reichsanwalt als Reichskommissar für Preußen zusammen zu arbeiten.

Ministerialdirektor Dr. Bredt bejahte diese Frage im wesentlichen, falls es sich um eine Sitzung gehandelt hätte, sei der die Modalitäten einer solchen Zusammenarbeit besprochen werden könnten. Niemals hätten die Minister es abgelehnt, mit dem Reichsanwalt zusammenzuarbeiten. Aus der Ablehnung, zu der freilich die Sitzung der Staatsregierung zu erscheinen, eine Pflichtverletzung zu konstruieren, sei jedenfalls ganz unmöglich.

Ministerialdirektor Gottheimer erklärte wiederholt, daß die Einladung zu der Sitzung in der bisher üblichen Weise auf dem üblichen Formular erfolgt sei und daß darin eine unzulässige Amtsanmaßung nicht liege. An der Pressekonferenz habe Ministerialdirektor Bredt sich teilgenommen. Das Schreiben der preussischen Minister an den Reichsanwalt hätte gar nicht anders angefaßt werden können, als daß diese die Zusammenarbeit ablehnten.

Der Vorsitzende trat nach einigen weiteren Auseinandersetzungen über die Frage der Einladung an, um Zeit für die noch zu erledigenden Punkte von Stoffen zu gewinnen, das Tatsachenmaterial, das den Staatsgerichtshof in Schriftsätzen und Anlagen in reichem Maße zugeleitet worden sei, für ungenügend erörtert zu erklären.

Ministerialdirektor Dr. Bredt bejahte diese Frage im wesentlichen, falls es sich um eine Sitzung gehandelt hätte, sei der die Modalitäten einer solchen Zusammenarbeit besprochen werden könnten. Niemals hätten die Minister es abgelehnt, mit dem Reichsanwalt zusammenzuarbeiten. Aus der Ablehnung, zu der freilich die Sitzung der Staatsregierung zu erscheinen, eine Pflichtverletzung zu konstruieren, sei jedenfalls ganz unmöglich.

Ministerialdirektor Gottheimer erklärte wiederholt, daß die Einladung zu der Sitzung in der bisher üblichen Weise auf dem üblichen Formular erfolgt sei und daß darin eine unzulässige Amtsanmaßung nicht liege. An der Pressekonferenz habe Ministerialdirektor Bredt sich teilgenommen. Das Schreiben der preussischen Minister an den Reichsanwalt hätte gar nicht anders angefaßt werden können, als daß diese die Zusammenarbeit ablehnten.

Der Vorsitzende trat nach einigen weiteren Auseinandersetzungen über die Frage der Einladung an, um Zeit für die noch zu erledigenden Punkte von Stoffen zu gewinnen, das Tatsachenmaterial, das den Staatsgerichtshof in Schriftsätzen und Anlagen in reichem Maße zugeleitet worden sei, für ungenügend erörtert zu erklären.

Hat Severing einen Reichskommissar gefordert?

Ministerialdirektor Badt bezeichnet als die überzeugendste Tatsache der Verhandlung die konkrete Behauptung, daß Severing im Juni d. J. selbst den Reichskommissar für Preußen dahin geäußert habe, daß die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nach Artikel 48 der Reichsverfassung nicht zu rechtfertigen sei.

Dr. Badt verliest dann ein Dokument, das Severing am 6. Juli unterzeichnet habe und worin er sich ausdrücklich über die Frage des Reichskommissars für Preußen dahin geäußert habe, daß die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nach Artikel 48 der Reichsverfassung nicht zu rechtfertigen sei.

In dem Dokument sei auch darauf hingewiesen, daß die Einsetzung eines Reichskommissars ohne verfassungsrechtliche Begründung schwerwiegende Rückschlüsse auf die anderen deutschen Länder haben müsse und auch auf das Ausland, daß dann vielleicht nicht mehr so stark gewirkt werde, Deutschland Hilfe zu leisten, wenn die Situation im Innern so unruhig sei. Nun solle Severing etwa aus gleichen Zeit gesagt haben, daß er den Reichskommissar wüßte. Diese Behauptung der Reichsvertreter sei zwar neu, aber unrichtig.

Ministerialdirektor Dr. Bredt meint, es wäre das zweckmäßigste, morgen schon den Minister Severing und Reichsminister v. Papen zu dieser Angelegenheit zu hören und festzustellen, in welcher Weise Behauptungen von der Gegenseite über das Verhältnis des Reichs zum armen deutschen Bundesstaat aufgestellt würden. Bredt beweihe, daß Severing die Einsetzung des Reichskommissars für erwünscht bezeichnet hat. Auf seine Bitte fragte der Vorsitzende Dr. Bunte den Vertreter des Reichs, ob es sich nicht vielleicht um eine Unterredung über irgend einen anderen Reichskommissar auf einem Spezialgebiet gehandelt haben könne. Ministerialdirektor Dr. Gottheimer: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es sich bei der Unterredung um die Einsetzung eines politischen Reichskommissars handelte.

Die weitere Erörterung ergibt, daß der Gedanke zwischen Preußen und dem Reich einmal behandelt wurde, ob man nicht den Zustand beilegen könne, daß in Norddeutschland in verschiedenen aneinandergrenzenden Ländern die Polizei einmal von einem sozialdemokratischen und einmal von einem nationalsozialistischen Minister geführt werde. Da könne vielleicht der Gedanke der Einsetzung eines Polizeikommissars einmal für Norddeutschland erwogen worden sein.

Der Vorsitzende stellte es den Parteien anheim, selbst Erklärungen der Minister über die angebliche Unterredung zu bringen, während über eine entf. Zeugnisaussage der Staatsgerichtshof heute nicht mehr befragt werden könne.

Nach einer weiteren Debatte über diese Zweifelsfragen erklärte Präsident Bumbke schließlich, die Angelegenheit möge in politischer Hinsicht nicht mehr befragt werden und er erkläre die Protokollarbeiten, soweit als möglich die Personen aus dem Spiele zu lassen und nur die Sache zu besprechen.

Abends um 8 Uhr wurden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Eine Erklärung Severings

Wird die Reichsregierung von Schwärmern irreführt?

EM. Berlin, 11. Okt. Minister a. D. Severing, der gestern in Zwickau in einer Wählerversammlung sprach, hat einem Vertreter der böhmischen Zeitung gegenüber mit Bezug auf die Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Gottheimer, daß er dem Reichsinnenminister von Gaal die Einsetzung eines Reichskommissars selber empfohlen habe, folgendes erklärt: „Ich habe niemals Herrn von Gaal zu der Einsetzung eines Reichskommissars ermahnt. Ich habe ihm in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mir sehr wohl denken könne, daß nach den Reichstagswahlen die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Bewirk-

lichung näher zu bringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und Reichsminister Brüning erörtert worden ist. In einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen. Ich habe aber andererseits im Gegenteil dringend gebeten, nicht ohne gezielte Grundlage einen Reichskommissar einzusetzen. Ich habe späterhin auch eine öffentliche Erklärung über mein Gespräch mit Herrn von Gaal veröffentlicht, als Gerüchte im Gange waren, daß das Reichsinnenministerium die preussische Polizei auf das Reich übernehme solle. Ich habe Herrn von Gaal gefragt, ob er die Quelle dieser Gerüchte kenne. Herr von Gaal hat damals verneint und dabei sich noch auf meine Erklärung berufen, daß die preussische Polizei seit in der Hand der Regierung sei. Ein anderes Gespräch über die Einsetzung des Reichskommissars habe ich mit Herrn von Gaal nicht gehabt.“

Macht oder Recht?

SP. Leipzig, 10. Okt. (Eig. Draht.) Der Staatsgerichtshof in Leipzig — bestehend aus 5 Männern, drei davon aus Leipzig, zwei aus anderen deutschen Städten — hält heute logarithmisch das Schicksal des Deutschen Reiches in Händen. Die Richter entscheiden, ob das, was Hindenburg am 20. Juli anordnete, und Papen ausführte, auch rechtmäßig sei im Sinne der Reichsverfassung von Weimar selbst und im Sinne des Artikels 48 dieser Verfassung, die sie teilweise außer Kraft setzen kann.

Die Vorstellung, daß hier über Geschichte Recht gesprochen wird, gibt dem Ganzen ein besonderes Gepräge. An jenem 20. Juli 1932, als der rundfunkredende v. Papen dem preussischen Innenminister Karl Severing eröffnete, daß er ihn kraft Notverordnung absetze, erklärte ihm Severing, er werde nur der Gewalt weichen, denn in dieser Stunde werde Geschichte geschrieben, und sie solle nicht sagen, daß ein republikanischer Minister in solcher Situation desertiert sei.

Aber die Geschichte, die am 20. Juli geschrieben wurde, ist heute das Staatsgericht. Auf dem Präsidentenstuhl ein faum mittelgroßer bagerer Herr mit scharf geschnittenen Zügen und weiß leuchtenden Haaren: Der Präsident des Staatsgerichtshofes Dr. Bumbke. Noch vor kurzem war er Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium, nicht sehr schriftlich in seinen Ansichten, aber doch als Jurist von hohem Ansehen. Heute steht Herr Bumbke einen Kreis ehemaliger Kollegen vor sich: die Ministerialdirektoren Dr. Bredt und Badt aus Preußen, und den neugeborenen Ministerialdirektor der Papenregierung, den ehemaligen deutschen nationalen Landrat Gottheimer. Dazu Staatsräte aus Bayern und Baden und Lehrer des Staatsrechts aus allen größeren Universitäten.

Was von dem Fünfmännerkollegium gefordert wird, ist keine Kleinigkeit. Es soll, um es kurz auszudrücken, erklären, daß die Verordnung Hindenburgs gegen Preußen rechtmäßig und ungültig sei. Das bedeutet sehr viel und erfordert nicht nur juristisches Wissen, sondern auch politischen Mut in sehr erheblichem Maße.

Es ist deshalb naheliegend, daß der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes sich in verbindlicher Form bemüht, die ganze Streitfrage auf das Rechtsgebiet zu beschränken, und die politische Wertung nach Möglichkeit auszuschließen. Aber wie soll das gelingen, wenn den Gegenstand der Verhandlung politische Dinge bilden? Das Arbeitsprogramm des Herrn Bumbke ist dies: Erst sollen die Tatsachen geklärt werden, auf die sich die Vertreter stützen, dann erst die verschiedenen Rechtsfragen, die durch die Tatsachen aufgeworfen worden sind. Nach diesem Programm gestaltete sich die Darlegung des preussischen Vertreters Dr. Bredt mit aller gewollten Sachlichkeit, nur gelegentlich unterbrochen durch die leise Ironie zu einer eindeutigen und eindringlichen Anlage, gegen das System Papen, gegen das System der Diktatur, der Unzulänglichkeiten, wie sie kaum je vorher zu verzeichnen waren. Klar und scharf arbeitete Bredt heraus, daß die Anwendung des Artikels 48 zur Absetzung der preussischen Minister und Beamten absolut unzulässig und unbegründet war. Vor allem

geprüfte Bredt die klägliche „Materiasammlung“, die die kommissarische Regierung nachträglich zur Begründung ihres Vorgehens beigebracht hat. Sie hat dazu — wie der Redner ironisierte — nachträglich die Altersgrenze durchstoßen lassen, um Belastendes zu finden; sie hat alles Große, alles Anzuerkennende und Auerkannende von den Leistungen der Abgesetzten beiseite gelassen und nur nach Beschuldigungsmöglichkeiten gesucht, ja, sie hat sogar Beamte über ihre Meinung befragt, die die über die Handlungen ihrer früheren Vorgesetzten hatten und nun diese unter dem Druck der Abbanführung entstandenen Äußerungen protokollieren sollte, um sie als Material dem Staatsgerichtshof vorzulegen. Ehrlich entrüstet erklärte er, daß ein solches Vorgehen einzig in der Geschichte der deutschen Beamenschaft dastünde und zu keiner Zeit, auch nicht in der Zeit der Revolution festgestellt werden konnte.

Einzig in ihrer Art ist die ganze Regierung Papen. Sie läßt für sich den deutschnationalen Ministerialdirektor Gottheimer sprechen. Dieser schnarrt mit den Händen in den Hosentaschen Gemeinplätze herunter. Gemeinplätze in jeder Hinsicht: Großjunkt hat gelagt... Severing hat den Normarts beglückwünscht... Abbeba hat mit den Kommunisten gesprochen... usw. Ein alterneuer und allerrühmlicher Fall. Dieser Gottheimer hat die Geschwafelhaftigkeit, zu behaupten, der preussische Innenminister Severing habe bereits mehrere Wochen vor dem 20. Juli selbst dem Reichsinnenminister v. Gaal seine Übereinstimmung mit den Ansichten der Papenregierung ausgedrückt. Er habe Gaal sogar aufgefordert, den Reichskommissar nur möglichst schnell zu ernennen, man könne nicht warten. Zu diesem Unsinnsgelebe Gottheimer mit weiter Geste nach dem Zuhörerpaar ein Inzanie gegen den Ministerpräsidenten Braun, den er verdächtigte, nur um des Geldes willen an seinem Amte zu leben. Daraufhin erhielt er eine gepfefferte Antwort, in dem der preussische Vertreter aus einem Privatbrief Brauns vom 20. August einige Stellen vorlas, die sich Gottheimer und seine Auftraggeber hoffentlich nicht hinter den Spiegel stecken werden.

Der Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Professor Heller, nahm sich Gottheimer besonders vor, und wies ihm auf der Stelle nach, wie unlogisch seine Behauptungen seien. Außerdem stellte Heller den Antrag, Herrn v. Papen wie Adolf Hitler und den Vorsitzenden des Herrenklubs als Zeugen darüber zu vernehmen, daß schon vor Einsetzung der Reichsregierung Abmachungen zwischen Adolf Hitler und Papen bestanden hätten, um das Vorgehen gegen Preußen planmäßig zu gestalten. Durch diese Beweisaufnahme soll erwiesen werden, daß die Maßnahmen gegen Preußen nicht allein aus verfassungsrechtlichen, sondern aus politischen Tatsachen, die außerhalb der Verfassung liegen, veranlaßt worden sind.

Über diese und andere Beweisanträge wurde ein Beschluß noch nicht gefaßt. Die Verhandlungen wurden vielmehr, ohne daß der Tatsachenkomplex vollkommen erörtert worden wäre, am 8 Uhr abends vertagt. Sie werden am Dienstag früh fortgesetzt.

Eine Situation wie 1914!

Ein Zeitungsartikel aus der Vorkriegszeit, der scharf die heutigen Verhältnisse kennzeichnet

W. S. Wir veröffentlichen hier einen Artikel, der Anfang 1914, vor Kriegsbeginn, in der Frankfurter Zeitung gedruckt wurde. Er datiert 18 Jahre später, seine Aktualität in vollem Umfang wiedererlangt, ein Beweis, daß die politische Situation von heute sich nicht mehr viel von der von 1914 unterscheidet. Er zeigt aber gleichzeitig den Weg auf, der uns von der Herrschaft der Junker betreten kann: Kolonisation durch Aufteilung der verschuldeten Güter an Sieber- und Kleinbauern.

„Was gegenwärtig die deutsche Nation von Grund auf umgibt und in unvorstellbarer Lager gepalpen hat, das ist nicht der Gegensatz zwischen Nord und Süd, nicht der Unterschied zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland. Es ist dies nicht die Mainlinie, an der man sich diesmal scheiden, sondern die Abelinie macht die Trennung. Sie zieht den scharfen Strich zwischen dem westdeutschen Bürgerstaat und dem preussisch-norddeutschen Militärstaat. Oskelbien heißt das Problem, das jetzt in seinem ganzen Umfang angeht.“

Der Geist des ostelbischen Koloniallandes renolliert gegen den Geist des Mutterlandes und sucht ihn zu unterwerfen. Luito Brentano hatte diese Politik bereits 1900 erkannt, als er schrieb: „Das alte deutsche Mutterland, das einst seine Kinder zur Kolonisation über die Erde entsandt hat, wird heute von unterm Kolonialland im Osten beherrscht, seine Interessen werden denen des östlichen Grundbesitzes geopfert, und der dort im Osten ständig nachwachsende Geist des Herrenmenschen erteilt sich heute auch auf das alte Mutterland, sucht alle dessen ältere Kultur entsprechende politische und soziale Errungenschaften zurückzubringen und acht über die Wünsche und Klagen von dessen treuer Arbeiterschaft zur Tagesordnung über.“

... das ist der Geist der ostelbischen Herren, der Geist des aragrunderbesitzenden ostelbischen Adels. Es ist der Kolonialgeist, das ist der Geist dieser Herren, aber mächtigen Schicht, die sich auch heute noch in dem Koloniallande als Eroberer fühlt und die nach den Grundbesitz des Eroberers regiert.

Dieser Geist weiß nichts vom Bürgerstaat. Er kennt nur den Militärsstaat. Er kennt nur seine durch den Zoll mit einer Flottenpension belehnten Rittergüter und die staatsgefährdende Masse unter ihm.

Er weiß nichts von dem Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit.

leit: Er will befehlen. Er weiß nichts von den Kräften, die die Selbstverwaltung frei macht: Er hat nur einen Gott, das ist die Autorität, die er ausübt. Er hält die Demokratie: Er kennt nur seine ererbte Macht, mit der er wie von Gottes Gnaden regiert.

Man fühlt, es ist eine deutliche Schicksalsfrage...
Geschrieben im Jahre 1914. Im Jahre 1918 war es bereits notwendig. Im Jahre 1932 ist es uns wieder in Erinnerung gekommen, und zwar in dem Augenblick, als Reichsminister Dr. Brüning dem Reichspräsidenten die Vorlage zur Aufteilung ostpreussischer Rittergüter zur Siedlungsmaßnahme überbrachte — kürzte. Ein halbes Jahr später war es für niemand in Deutschland ein Geheimnis mehr: Oskelbien hatte Mutterland besiegt.

Wir lesen in der Leipziger Volkszeitung:
Die SPD tritt die proletarischen Interessen in Grund und Boden. Das ist nichtbeträchtiger Verrat oder allerhöchste Narrenhauspolitik. Die SPD. macht dem Nazi den Weg zum Bürgermeisterstuhl frei. Der Nationalsozialist Hölzlbarth Bürgermeister von Gauß bei Leipsia. In der Stichwahl ist der Nationalsozialist Oberassistent Hölzlbarth mit 7 Stimmen der bürgerlichen nationalsozialistischen Fraktion gewählt. Dagegen stand der Bürgermeister Genosse Wähler, Eybra, mit 5 Stimmen der SPD.

Die Kommunisten haben drei unzulässige Stimmzettel ab. Die Verblendung und falsche Einteilung der Kommunisten gegen die Sozialdemokratische Partei treibt sie zum Klassenverrat. In der Stichwahl war zu entscheiden: Bürgerlich oder Sozialistisch. Reaktion oder Demokratie. Die Kommunisten haben ihre Protokollarbeiten mitgebracht! Ihre Stimmen hätten den Ausschlag für eine Normstimmwidmung in der Gemeinde geben können.

„Was gegenwärtig die deutsche Nation von Grund auf umgibt und in unvorstellbarer Lager gepalpen hat, das ist nicht der Gegensatz zwischen Nord und Süd, nicht der Unterschied zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland. Es ist dies nicht die Mainlinie, an der man sich diesmal scheiden, sondern die Abelinie macht die Trennung. Sie zieht den scharfen Strich zwischen dem westdeutschen Bürgerstaat und dem preussisch-norddeutschen Militärstaat. Oskelbien heißt das Problem, das jetzt in seinem ganzen Umfang angeht.“

Der Geist des ostelbischen Koloniallandes renolliert gegen den Geist des Mutterlandes und sucht ihn zu unterwerfen. Luito Brentano hatte diese Politik bereits 1900 erkannt, als er schrieb: „Das alte deutsche Mutterland, das einst seine Kinder zur Kolonisation über die Erde entsandt hat, wird heute von unterm Kolonialland im Osten beherrscht, seine Interessen werden denen des östlichen Grundbesitzes geopfert, und der dort im Osten ständig nachwachsende Geist des Herrenmenschen erteilt sich heute auch auf das alte Mutterland, sucht alle dessen ältere Kultur entsprechende politische und soziale Errungenschaften zurückzubringen und acht über die Wünsche und Klagen von dessen treuer Arbeiterschaft zur Tagesordnung über.“

... das ist der Geist der ostelbischen Herren, der Geist des aragrunderbesitzenden ostelbischen Adels. Es ist der Kolonialgeist, das ist der Geist dieser Herren, aber mächtigen Schicht, die sich auch heute noch in dem Koloniallande als Eroberer fühlt und die nach den Grundbesitz des Eroberers regiert.

Dieser Geist weiß nichts vom Bürgerstaat. Er kennt nur den Militärsstaat. Er kennt nur seine durch den Zoll mit einer Flottenpension belehnten Rittergüter und die staatsgefährdende Masse unter ihm.

Er weiß nichts von dem Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit.

„Was gegenwärtig die deutsche Nation von Grund auf umgibt und in unvorstellbarer Lager gepalpen hat, das ist nicht der Gegensatz zwischen Nord und Süd, nicht der Unterschied zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland. Es ist dies nicht die Mainlinie, an der man sich diesmal scheiden, sondern die Abelinie macht die Trennung. Sie zieht den scharfen Strich zwischen dem westdeutschen Bürgerstaat und dem preussisch-norddeutschen Militärstaat. Oskelbien heißt das Problem, das jetzt in seinem ganzen Umfang angeht.“

Der Geist des ostelbischen Koloniallandes renolliert gegen den Geist des Mutterlandes und sucht ihn zu unterwerfen. Luito Brentano hatte diese Politik bereits 1900 erkannt, als er schrieb: „Das alte deutsche Mutterland, das einst seine Kinder zur Kolonisation über die Erde entsandt hat, wird heute von unterm Kolonialland im Osten beherrscht, seine Interessen werden denen des östlichen Grundbesitzes geopfert, und der dort im Osten ständig nachwachsende Geist des Herrenmenschen erteilt sich heute auch auf das alte Mutterland, sucht alle dessen ältere Kultur entsprechende politische und soziale Errungenschaften zurückzubringen und acht über die Wünsche und Klagen von dessen treuer Arbeiterschaft zur Tagesordnung über.“

... das ist der Geist der ostelbischen Herren, der Geist des aragrunderbesitzenden ostelbischen Adels. Es ist der Kolonialgeist, das ist der Geist dieser Herren, aber mächtigen Schicht, die sich auch heute noch in dem Koloniallande als Eroberer fühlt und die nach den Grundbesitz des Eroberers regiert.

Dieser Geist weiß nichts vom Bürgerstaat. Er kennt nur den Militärsstaat. Er kennt nur seine durch den Zoll mit einer Flottenpension belehnten Rittergüter und die staatsgefährdende Masse unter ihm.

Er weiß nichts von dem Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit.

Keine Kürzung der Gehälter

EM. In einer großen westdeutschen Zeitung ist davon die Rede, daß der nationalsozialistische medienbureauische Ministerpräsident Grawert in einem Schreiben an die Finanzminister der Länder von einer Kürzung der Beamtengehälter durch die Reichsregierung gesprochen hat. Wie wir aus Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, dazu erfahren, ist vom Reich eine derartige Gehaltskürzung nicht geplant. Einzelne Länder sind zwar an die Reichsregierung mit dem Wunsch herangetreten, die Gehälter zu kürzen, doch sind diese Erläuterungen von der Reichsregierung abgelehnt worden.

Wirtschaftspartei gegen Sozialismus

Die Wirtschaftspartei hielt am Samstag in Berlin einen außerordentlichen Parteitag ab, um zu den Reichstagswahlen Stellung zu nehmen. Nach einem ausführlichen Bericht über die Sammlungsbestrebungen der bürgerlichen Mittelparteien wurde beschlossen, daß die Wirtschaftspartei mit voller Selbstständigkeit in den Wahlkampf geht. Am Schluß der Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß die Partei jede Politik unterliegt, die den Schutz und die Freiheit der Wirtschaft, die Förderung der persönlichen Verantwortung und die völlige Ausschaltung des Sozialismus in jeder Form zum Ziel hat.

Die Eröffnung des Kembs-Kanals

Eine nationalsozialistische Lausduberei
Bei der Eröffnung des Kembs-Kanals, des ersten Abschnittes des großen eisernen Seitenkanals und gleichzeitig des Kembswerkes, welches einen großen Teil des Elbschiffverkehrs mit elektrischer Kraft versorgen wird, gab es eine große feierliche Kundgebung, die einen feinen Zwischenfall, indem auf der gegenüberliegenden badischen Rheinseite eine große Saftencrusade angekündigt wurde — eine Lausduberei, die selbstverständlich den französischen Nationalisten neues Material liefert.

EM. Mühlhausen, 10. Okt. In Cernay fand am Sonntag die Einweihung des dem Andenken an die Gefallenen der schlesischen Region errichteten Denkmals statt. Der schlesische Außenminister, Beneš, hielt dabei eine Ansprache, in der er die Freundschaft zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei pries und daran erinnerte, daß Frankreich als erste europäische Großmacht die Bildung einer tschechischen Nationalarmee auf jede Weise unterstützte. Der französische Staatspräsident Lebrun, der sich nach der Einweihung des Kembs-Kraftwerkes nach Cernay begab, drückte in seiner Ansprache die Hoffnung aus, daß die Freundschaft zwischen den beiden Völkern sich im Interesse des Friedens und der Zivilisation immer mehr befestigen werde.

Der belgische Wahlsieg

52 absolute sozialistische Mehrheiten
EM. Brüssel, 10. Okt. Die belgischen Gemeindevahlen zeigen im ganzen einen eindeutigen Sieg der Sozialistischen Partei. Sie konnte 52 absolute Mehrheiten neu erobern.

EM. Brüssel, 10. Okt. In den ehemaligen deutschen Gebieten Eupen und Malmedy läßt sich das Wahlergebnis noch nicht in allen Einzelheiten übersehen. Man kann aber schon jetzt mit voller Sicherheit behaupten, daß die Wähler nahezu ausschließlich den Parteien ihre Stimme gaben, die sich eine neue Volksbegegnung zum Ziele gesetzt haben. Nach vorläufigen Ausrechnungen wird der Gemeinderat der Stadt Eupen aus acht Mandatärern der Deutschen Gemeindefraktion, drei Sozialisten, zwei Katholiken und einem Mittelstandsabgeordneten bestehen. In St. Vith: Deutsche Liste 6, Belgische Katholiken 2, Sozialisten 1; in Neuren: Deutsche Arbeiter und Bauern 9, Belgische Liste 2; Gennaten: Liste des Bürgermeisters 5, Belgier 4; Hauset: Deutsche Einheitsliste 5, Belgier 2; Dergenzath Bürgerliste 5, Belgische Liste 4; Lonsen-Derbetal: Bürgerliste 7 (darunter 5 Mitglieder des Heimatbundes), Arbeiter 2; Malmedy: Sozialisten 8, Belgier 3.

Zusammenkunft Herriot-Macdonald

EM. Paris, 10. Okt. Man teilt mit, daß die Begegnung zwischen Macdonald und Herriot, deren Zeitpunkt noch nicht feststeht, am 13. Oktober in London stattfinden werde.
EM. Paris, 10. Okt. Laut Volonté geht der neue französische Sicherheits- und Abrüstungsplan dahin, Hoovers Memorandum als Grundlage zu nehmen, aber unter der Bedingung, daß dieser Plan durch Bestimmungen der Organisierung der Sicherheit durch gegenseitige Hilfeleistung ergänzt werde. Die Vereinigten Staaten würden, wie das Blatt weiter mitteilt, aufgefordert werden, die wirtschaftliche Blockade gegen den Anreiz zugunsten der Angreifenden zu verhängen. England müßte darüber hinaus an einer Organisierung gegenseitiger Hilfeleistung in Europa teilnehmen. Die von Deutschland geforderte Gleichberechtigung würde dann ohne Ansehen der Person erfüllt sein.

EM. London, 10. Okt. (Reuters.) In amtlichen Kreisen äußert man heute Ueberzeugung wegen der Behauptung, daß Großbritannien die bestimmte Verpflichtung übernommen habe, Deutschlands Forderung nach Rüstungsgleichheit zu unterstützen. Wie Reuters erzählt, ist über eine derartige Verpflichtung nicht das geringste bekannt. Die Veröffentlichung eines derartigen unbedingten Versprechens wird als besonders unerfreulich empfunden in dem Augenblick, da gute Aussichten auf die Lösung der bis dahin unlösbar erscheinenden Schwierigkeiten bestanden. Es wird erklärt, daß solche Versprechungen darauf berechnet seien, Verdacht zu erwecken, Vertrauen zu zerstören, mächtige Einflüsse zu hemmen und schädliche Querstreben zu ermutigen.
Auf deutscher Seite ist von den erwähnten Behauptungen nicht das geringste bekannt: Es ist also nicht feststellbar, gegen wen sich die in vorstehender Auslassung erhobenen Vorwürfe richten.

Schafft endlich Arbeit!

Die Not der Gemeinden — Ungeheurer Ernst der Lage

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gemeinden — Jauderei statt tatkräftiges Handeln

EM. Dresden, 10. Okt. Die Vereinigung der sächsischen Landgemeinden hielt heute in Dresden unter Vorsitz von Bürgermeister Stöckh ihre Hauptversammlung ab. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages, Dr. Gerete-Pressel, über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden.

Dr. Gerete wies zunächst auf die finanzielle Notlage der Gemeinden hin, die entscheidend auf die ungeheuer gestiegene Arbeitslosigkeit wie auf die Unzulänglichkeit des Unterzuchtungsprogramms für die Arbeitslosen zurückzuführen ist. Zahlreiche Gemeinden seien heute nur noch durch staatliche Unterstützung am Leben zu erhalten. In zahlreichen Gemeinden haben wir schon offene Kasernenunterkünfte. Am bedrohlichsten sei, daß verschiedene Gemeinden schon dazu übergegangen wären, Erwerbslosen aus jenseitigen Kasernen zu weichen, also Notgeld zu geben, damit sie sich noch etwas kaufen können. Mache dieses Verfahren Schule, dann sei schließlich der Zusammenbruch unserer gesamten Finanzen und unserer Währung nicht aufzuhalten.

Angesichts dieser Zustände habe der Landgemeindetag bereits im Sommer dieses Jahres die Initiative ergriffen und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet, das der Öffentlichkeit damals unter Zustimmung der großen Verbände, verschiedener politischer Richtungen und Vertreter der Gewerkschaften unterbreitet worden sei.

Wir in den Landgemeinden sind bereits, ehe die Einzelheiten des Regierungsprogramms bekannt waren, von der Erwägung ausgegangen, daß die Privatinitiative nicht ausreicht, um alle die volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten in Angriff zu nehmen, die in den letzten Jahren liegengeblieben oder unterbrochen sind. Das trifft in erster Linie auf Straßenbau, Flußrenaturierungen, Siedlungen, Einbeihungen und in bestimmtem Umfang auch auf Landeskulturarbeiten. Bei dieser Art der Arbeiten würde man nicht nur einer großen Zahl von Arbeitslosen wieder Lohn und Brot geben, sondern

mit der Stärkung der Kaufkraft auch der Landwirtschaft helfen und schließlich die bevölkerungspolitisch notwendige Rückentwicklung zum platten Lande, die Erziehung wenigbedürftiger Landbestelle erreichen.

Ueber die Einzelheiten unseres Programms, dessen Arbeiten grundsätzlich zu vollem Lohn der Arbeiter und unter Heranziehung der freien Wirtschaft erfolgen sollen, ist schon viel geschrieben und gesprochen worden. Ich möchte zur Vermeidung aller Mißverständnisse nochmals klar die Grundzüge der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen herausheben: Im Grundlag genau wie bei den Steuerzuschüssen sollen die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Genossenschaften öffentlich-rechtlicher Art auf einen Teil der Steuerumlage künftiger Jahre vorgreifen können, um damit produktive Arbeiten zu finanzieren. Wie schon bisher sollen dazu Anleihebeschüsse gefaßt und die Anleihen bei den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten verpfändet werden. Für die von uns vorgeschlagene zentrale Lösung dieses umfassenden Problems ist es notwendig, Anschluß an den bestehenden Geldverkehr und damit die zentrale Notenbank, die Reichsbank, zu finden.

Am Schluß seiner Ausführungen wies Dr. Gerete mit Nachdruck auf den großen Ernst der Lage hin. Es sei außerordentlich zu bedauern, daß man mit der Beratung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms solange gezögert habe. Selbst unter günstigsten Voraussetzungen brauche es natürlich auch einige Wochen zum Anlauf, und der Winter stehe schon nahe vor der Tür. Hätte man nach Bekanntwerden des Programms sofort darüber entschieden, dann wäre man heute bereits mitten in der praktischen Arbeit. Das bisherige Ergebnis der Arbeiterentstellungen sei recht unbefriedigend, noch dazu wenn man bedenke, daß wir nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung über sieben Millionen Arbeitslose haben, von denen ein Teil wegen der verhärteten Bedürftigkeitsprüfung lediglich nicht mehr in den amtlichen Ziffern erscheint.

Freistaat Baden

Zentrum und Nazi

Vor zwei Jahren

Uns wird geschrieben: Vor mir liegt eine Wahlenzeitung des Zentrums aus dem Jahre 1930. Es wird da wörtlich geschrieben: „Keine Stimme den Nationalsozialisten! Warum?“

1. Weil es sinn- und zwecklos ist, da die Nationalsozialisten für die praktische Arbeit doch nicht in Frage kommen — sie sind dazu weder sachlich noch persönlich befähigt.
2. Weil die Nazi für wahrhaft christliche Kultur in Familie, Gemeinde, Staat und Gesellschaft nichts übrig haben — Grundzüge und Verbalten liefern dafür Beweise in Hülle und Fülle.
3. Weil auch der angeblich nationale Sozialismus sich mit christlichen Grundzügen nicht vereinbaren läßt.
4. Weil der Nationalsozialismus ein erbitterter Feind der Menschlichkeit und der persönlichen Freiheit ist.
5. Weil viele Nationalsozialisten — auch Führer — ausgesprochene und erbitterte Gegner der katholischen Kirche sind. Die Nationalsozialisten haben in Preußen gegen das Konkordat getrimmt und im Reichstag die Aufhebung des bayerischen Konkordats verlangt.“

Gehuchelte Siegesüberzucht

Der Stern Hitlers ist im Sinken. Nur matt und trübseliger Anklagen voll erdrossen heute die Rufe „Heil Hitler!“ aus den Reihen der Nationalsozialisten, nachdem ihnen Herr Eugenbergs durch seinen neuen Ruf „Heil Deutschland!“ eine Gegenparole geboten hat — wobei allerdings sowohl gegenüber Hitler wie gegenüber Eugenbergs die arbeitenden Volksmassen alle Ursache haben, ihren eigenen Standpunkt zu vertreten durch den Ruf „Freiheit!“ Angesichts der Zwiespalt, in die Hitler nunmehr gekommen ist, versucht er nun mit allen möglichen künstlichen Mitteln, seine Leute zur Begeisterung anzufachen, ohne daß ihm dies jedoch gelingt. Der „Führer“, dessen Gottähnlichkeit wir nun seit Jahren von nationalsozialistischer Seite immer wieder betont fanden, muß zur Scham in die greifen, um seiner verlorenen Sache einen rosaroten Schein zu geben. Er muß Siegesüberzucht heucheln, trotzdem bereits viele seiner Chancen den Bach hinuntergeschwommen. Es wird daher in weiten Kreisen nur ein Lachen erregen, wenn der Karlsruher nationalsozialistische Führer aus einer Rede Hitlers bei der Reichspropagandatagung der NSDAP in München mitteilt, daß Hitler dabei erklärt hat:

„Ich lehne dem Kampf mit absoluter Zuversicht entgegen. Die Schlacht kann beginnen. In vier Wochen werden wir aus ihr als Sieger hervorgehen.“

Wie oft haben wir schon von den Nationalsozialisten im allgemeinen und von Herrn Hitler im besonderen diese stolze Sieger-Ankündigung gelesen und wie oft schon hat sich das ganze als aufgeblasener eitel Schwindel des nationalsozialistischen Theaterhelden herausgestellt. Noch ist kein Jahr verfließen seit an den Plakatwänden zu lesen war: „Hitler wird Reichspräsident!“ Noch ist kein Vierteljahr vorbei, seit die Nationalsozialisten ankündigten: „Wir bekommen die Mehrheit.“ Noch kürzer ist die Zeit, seit Hitler „alle Macht in seinen Händen“ sah und er dann, als ihm von der Reichsregierung von Papen ein Machtmittel angeboten war, er sich feige drückte, weil er nicht wußte, was er tun sollte, da ihm außer dem „Röplerollen“ keinerlei Wissen und Erfahrung auf staatsmännischem Gebiet zur Seite steht. Dumme Theatermächte sind daher die neue Sieger-Ankündigungen des Herrn Hitler und seiner Gefolgsmänner, mit denen sie keinen Hund hinterm Ofen hervorlocken werden. Der Herr von Braunau wird, je bombastischer er sich aufbläst, immer mehr zu einer komischen Figur, über dessen geschwollene Redensarten die Wissenden allgemein lachen müssen.

Prof. v. Eckardt und autoritärer Staat

Der Leiter des Instituts für Zeitungsweisen an der Universität Heidelberg, Prof. v. Eckardt, veröffentlicht in der Frankfurter Zeitung eine längere Erklärung zu seinen auch von uns kommentierten Ausführungen „Autoritärer Staat und Pressefreiheit“, wonach seine Betrachtung in der Zeitschrift der Vereinigung der

deutschen Arbeitgeberverbände mißverstanden worden sei; denn so erklärt v. Eckardt u. a.:

„Niemand bin ich bereit gewesen, die Pressefreiheit preiszugeben. Sie ist mir ebenso wie die Lehr- und Meinungsfreiheit unerlässliche Voraussetzung eines wahrhaft geordneten Staatswesens und meiner persönlichen Existenz.“

Niemand habe ich daran gedacht, mich mit der Idee eines autoritären Staates abzugeben. Es scheint mir im Gegenteil unumgängliche Pflicht, sich gegen eine Entwicklung zu wenden, die den deutschen Staat entzweiten und aller Freiheit berauben würde. Was ich in dem genannten Aufsatz darzulegen versuchte, mag durch einige Gebankensluden, die durch die knappe Wiedergabe eines Vortrages von mir in jenen Ausführungen bedingt sind, die mißverständliche Deutung erlitten, die Sie meinen Worten beilegen. Was ich anstrebte, war, den hypothetischen Fall zu erwägen, was geschehen kann und soll, wenn der autoritäre Staat die bisher übliche Form der Meinungsäußerung unterbinden sollte. Darüber hinaus stellte ich die Frage des unabhängigen von unierer, ich betone nochmals unierer Gegenwehr denkbaren Notstandes der Presse, im Falle einer systematischen Bekämpfung jeder Meinungsbildung durch den Staat, zur Diskussion.

Durch Polemik allein wird man die Kampfblätter, die heute so wichtig geworden sind und die so verheerend gewirkt haben, ebensowenig wie eine so befremdende Regierung zur Einsicht und Sachlichkeit zwingen können. Wohl aber könnte man, wie ich andeutete, durch immerwährende und unaufhörliche Konfrontation der Forderungen, Verprechungen und Bestimmungen mit den Tatsachen positiv wirken. Erkenntnistheoretisch gesehen, mag es unmöglich sein, einen objektiven Tatbestand darzustellen. Es gibt aber ein Recht und Verneiner und nichts Besseres als den guten Willen. Dies zu betonen wird niemand unterlassen dürfen, der sich mit dem Zeitungsweien zu befassen hat.“

40jähriges Dienstjubiläum des Landtagsdirektors Hochschild

Der Direktor des Badischen Landtags, Max Hochschild, der am 16. Dember 58 Jahre alt wird, feiert am kommenden Dienstag sein 40jähriges Jubiläum im badischen staatlichen Verwaltungsdienst. Direktor Hochschild wurde nach seiner Tätigkeit bei mehreren Bezirksämtern im Dezember 1903 zum Archivar der früheren Zweiten Kammer der Badischen Landstände berufen. Nach der Zurücksetzung des damaligen Direktors Roth vom Landtag wurde er am 1. August 1919 zum Direktor des Badischen Landtags gewählt. — Der Jubilär erfreut sich allgemein größter Beliebtheit. Möge es dem geschätzten Verwaltungsbeamten vergönnt sein, noch recht lange seines Amtes zu walten!

Belegung der Wirtschaft



„Bei uns herrscht — gottlob — kein Stellenmangel mehr!“



Aus dem Gerichtssaal

Freigesprochen

Die Weingartner Familientragödie vor Gericht.

Wohl selten wurde vor dem Schwurgericht ein Fall voll solcher Tragik verhandelt, wie gestern bei der zweiten Sitzung der diesjährigen Schwurgerichtsperiode. Angeklagt war der 28-jährige Glaser Hermann Spöhrer aus Weingarten wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode.

Am 18. September war der Vater des Angeklagten in einer Wirtshauskneipe und kam gegen 12 Uhr in ungeruhnten Zustand nach Hause. Uebel gekleidet, sollte der Sohn ihm Schüge und Strümpfe aussiehen. Das tat dieser dann. Der Vater ging in den zweiten Stock auf sein Zimmer und fing bald einen heftigen Lärm an. Seine Wut richtete sich vor allem gegen seine bereits ein volles Jahr völlig hilflos darniederliegende Frau, die er mit den übelsten Schimpfwörtern bedachte. Bei der Frau waren dessen beide Töchter, sowie Bekannte und Verwandte und sie bestimmten den Vater, daß er sich mit seinen Ausdrücken mäßige. Wie der Lärm begann, ging auch der Sohn in den zweiten Stock des Hauses, um den Vater zu bitten, daß er sich mäßige. Jemand ein langer, veräppelter Groß mußte aus dem nun verstorbenen herauskommen. Er schrie und tobte, wie ihn noch niemand sah. Die Nachbarn auf der Straße hörten den Lärm mit an und hörten auch, wie der Sohn auf den Vater einprügelte, er möge doch vernünftig sein. Über es müßte alles nichts. Aber Jörn, der sich seit Jahren in dem Aufgehörte hatte, richtete sich mit einem unüberwindlichen Drang gegen seine Frau, mit der er 24 Jahre im besten Ehebündnis lebte. Die im Zimmer anwesenden Verwandten sprachen auf den Mann ein, was seine Wut immer mehr steigerte. Gegen die Frau schickte er Drohungen aus, mit denen er ihr ernstlich nach dem Leben trachtete. Alles Reden war vergeblich, die Aufregung des Mannes steigerte sich als einen ganz schlimmen Ausbruch von Jähzorn. „Er sei der in der Hölle und alle andern mögen sich davon hüten.“ Dann ging er plötzlich aus seinem Zimmer in das Zimmer der Frau, rief Vorbegehenden den Dienstknecht herbei, daß dieser Türschloß zerbrechen. Der Jähzornige wollte auf die Frau losmarschieren. „Heute muß du noch hingehen“ oder „Wie mich sei“ muß er gerufen haben. Mit höhererhoben Händen wollte er auf die Frau losgehen. In diesem Augenblick warf sich der Sohn dazwischen. Mit einem gewöhnlichen Holzstück, wie man es zum Hausgebrauch hat, wollte er auf die Hände des Verstorbenen schlagen. Leber trat der Schlag eine Schläfenleiste des Kopfes. Der Vater fiel sofort bewusstlos um und verschied am andern Tag an den Folgen der Verletzung.

Er kam wieder, dem Vater über geliebte Sohn vor dem Schwurgericht mit der hundertfachen Anklage, daß er seinen Vater erschlagen habe. Der Sohn bestritt sich als unschuldig, da er nicht vorübergehend gehandelt habe. Er wollte der schwerkranken Mutter zur Hilfe kommen und hat in einer gewissen Notlage den unglücklichsten Schlag ausgeführt.

Bei diesem schweren Fall war die Entscheidung deshalb so schwierig, weil kein erschöpfender Grund vorhanden war, daß der Mordausbruch ein so hohes Ende nehmen mußte. Ein Freund des Verstorbenen bezeichnete am besten einen Teil der Urteile, indem er meinte: „Durch die Krankheit der Frau, durch seine eigene jahrelange Arbeitslosigkeit hat der Mann sich in den Kopf gesetzt, daß er dadurch noch Haus und Hof verlieren werde. Der Verarmungslust der Arbeitslosigkeit, die Aussicht, nie wieder in eine Arbeitsstelle zu kommen, hat den rüftigen, erst 30-jährigen Mann schließlich derart feilsch gemacht, daß er eines Tages nicht mehr wußte, was er tat.“ Alle Zeugen sahen, daß sie den Verstorbenen so noch nie gesehen hätten. Die Schläge in ein altes gutes und braves Mann, den die häusliche und feilsche Not müde gemacht hat und der nun diesen schweren Tod erleiden mußte.

Das Schwurgericht verurteilte nach einseitiger Verhandlung das Urteil. Der Angeklagte wird freigesprochen! Ein Beileidsturm will sich im Saal erheben, rasch wird diese Angelegenheit unterbunden, dann beruht der Vorlesende, Landgerichtsdirektor Höhringer, die Gründe, die zu diesem Urteil führten: „Der Verstorbenen war von einer so tiefen sinnlosen Wut befallen, daß man ernstlich damit rechnen mußte, daß er sich an der schwerkranken Frau vergelte. Der Sohn wollte seiner Mutter helfen und hat bei der Abwehr diesen unglücklichsten Schlag geführt. Er war deshalb freigesprochen.“ Der Staatsanwalt hatte wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge 8 Monate beantragt.

Zuchthausstrafe wegen Meineids

Im Karlsruhe, 10. Oktober. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Höhringer begann heute vormittag das Karlsruher Schwurgericht seine Herbstsitzung mit der Verhandlung gegen den wegen Meineids und Verleitung zum Meineid angeklagten 55 Jahre alten verheirateten Kaufmann Martin Köhler aus Lantzen bei Berlin, wohnhaft in Philippsburg. Der Angeklagte, der sich seit 28. Mai d. J. in Untersuchungshaft befindet, war Reklame- und Personalchef der Firma „Herbaria-Archivhaus“ in Philippsburg, dessen Inhaber Fabrikant Karl Halder Anfang Juni unter dem Verdacht der Verschlebung großer Vermögenswerte ins Ausland in Haft genommen wurde. Weil er sein Personal am Karfreitag hatte arbeiten lassen, war gegen letzteren wegen Arbeitszeitvergehen eine Strafverfügung über 250 Mark ergangen; auf seinen Einbruch gelangte am 12. Mai diese Angelegenheit vor dem Amtsrichter in Philippsburg zur Verhandlung. In jener Verhandlung wurde Köhler als Zeuge vernommen, wobei er unter Eid wider besseres Wissen angab, das Personal habe freiwillig am Karfreitag gearbeitet, er wisse nichts von einer Anordnung des Chefs, daß gearbeitet würde, und er wisse auch nicht, daß Halder wußte, daß gearbeitet wurde. Am gleichen Tage während einer Sitzungspause rief er den Kaufmann Albert Jauf telefonisch an und forderte ihn auf, bei seiner Vernehmung anzugeben, das Personal habe freiwillig gearbeitet. Die in der Verhandlung vernommenen übrigen Zeugen gaben wahrheitsgemäß an, daß die Angeklagten nicht freiwillig, sondern auf Anordnung des Chefs am Karfreitag gearbeitet. Daraufhin wurde die gegen Halder ausgesprochene Geldstrafe beseitigt. Der Angeklagte wurde unter Meineidsverdacht in Haft genommen.

Auf Befragen erklärte der Angeklagte, er bekenne sich nicht schuldig im Sinne der Anklage. Er wolle die Meinung vertreten, daß das Personal freiwillig arbeitete und will von einer Anordnung des Chefs nichts gewußt haben. Das Schwurgericht gelangte nach längerer Beratung zu folgendem Urteil: Der Angeklagte Köhler wird wegen Meineids und Verleitung zum Meineid zu einer Gesamtschuldsstrafe von einem Jahre zwei Monaten verurteilt. Auf diese Strafe werden vier Monate der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet. Außerdem wird auf dauernde Unfähigkeit des Angeklagten, als Zeuge oder Sachverständiger eintreten zu können, erkannt. Dem Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt.

Kleine bad. Chronik

Wern, 10. Okt. Schutz gegen das Hochwasser der Acher. Die in den letzten Jahren sehr häufig auftretenden Hochwasser an der Acher richteten auf den Gemäuerungen und Treppenhöfen, Mädelhöfen, Scherzheim, Ristenu und Urm erheblichen Schaden an. Zur Verhütung dieser Schäden wird zur Zeit beim Kulturbauamt Offenbach ein Projekt ausgearbeitet, das die Verfestigung dieser Uferbauten am Unterlauf der Acher bezweckt. Hieran sollen alle Hochwasserentlastungen, die unterhalb Gamsbühl nicht von dem derzeitigen Uferbetriebe aufgenommen werden können, nach dem Schwammverfahren abgeleitet werden. Dieser Beschluß wird hierfür als schiffsfähiger Kanal mit entsprechenden Abmessungen ausgebaut werden. Sofern die Ausführung des Projektes, über dessen Finanzierung zur Zeit Verhandlungen stattfinden, gelingen würde, wäre für viele Erwerbslose eine Beschäftigungsmöglichkeit geschaffen, da ca. 20.000 Kubikmeter voranzuschlagen sind.

Kammung (im Kurort), 10. Okt. Ein Pfeifenanzünder geplatzt. Dieser Tage wurde in einem der großen Steinbrüche der Firma Kierle ein etwa 160 Kubikmeter großer Granitblock aus dem Bruch abgetrennt. Zu dieser Arbeit benötigte der Schichtmeister einen Zentner Schwarzpulver. Der abgetrennte Block wog an die 80 Zentner, wenn man den Kubikmeter mit 55 Zentner berechnet.

Bruchfall, 10. Okt. Kind von einer Radfahrerin überfahren. Im nahen Karlsruhe wurde an der Bahnhofsstraße ein sechsjähriges Kind von einer Radfahrerin überfahren und erlitt einen doppelten Beinbruch, so daß es in das Städtische Spital verbracht werden mußte. Zu der Unvorsichtigkeit benützte die Radfahrerin auch noch die falsche Straßenleite.

Offenburg, 10. Okt. Ein Offenburger Lehrer im Wilden Kaiser tödlich verunglückt. Der 32 Jahre alte Lehrer Lubwita Hall von hier ist am Sonntag zusammen mit einem Substituten aus Solzburg an der berühmten Reichens-Diemand im Gebiet des Wilden Kaisers tödlich verunglückt. Der Unfall ist auf einen Riß des Seiles zurückzuführen. Die Leichen konnten geborgen werden und wurden nach Ruffeln gebracht.

Steinbach (bei Bühl), 10. Okt. Radfahrer tödlich überfahren. In der Ecke des Hofamtes überfuhr heute in den frühen Morgenstunden ein Lastwagen aus Neumeyer den radfahrenden Postkutschner Ernst. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Ernst stand im 40. Lebensjahr; er hinterläßt Frau und Kinder. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist im Gange.

Murg, Amt Waldsuhl, 10. Okt. Der Fall in der Wasserleitung. Die aus dem Fabrikkanal einer hiesigen Textilfirma führende Wasserleitung war aus unbekannten Gründen verstopft. Die Leitung mußte aufgeschweißt werden und als Verkehrsbehinderung wurde ein 70 Zentimeter langer Kanal ans Tageslicht befördert.

Mannheim, 10. Okt. Dr. Gugelmeier nach Berlin berufen. In der Vorstandssitzung des Deutschen Sparfassen- und Giroverbandes in Breslau wurde der Vorsitzende des Badischen Sparfassen- und Giroverbandes, Präsident Dr. Gugelmeier (Mannheim), durch einstimmigen Beschluß sämtlicher deutscher Sparfassenverbände und der kommunalen Sparverbände in die Leitung des Deutschen Sparfassen- und Giroverbandes, Berlin, berufen.

Karlsruher Umgebung

Hagsfeld Gemeinderatsbericht vom 6. Oktober

Zur Reichstagswahl am 6. November wurde die Wahlkommission bestimmt. Mit Ausnahme des Ratstreibers Friedl fungiert die alte Kommission. — In einem Schreiben des Kreis Schulamts soll mit sofortiger Wirkung das 3. und 4. Schuljahr der Handarbeitschule aufgehoben werden, falls die Gemeinde die zukünftigen Aufwendungen nicht übernimmt. Da die Gemeinde aus finanziellen Gründen hierzu außerstande ist, andererseits die Verfügung mit der Subventionspolitik der Baden-Regierung im Widerspruch steht, wird in einem Schreiben Einwand erhoben. Im äußersten Falle wäre der Gemeinderat mit dem Abbau am Ende des Schuljahres einverstanden. — Einem Neubausbesitzer mußte wegen Nichtzahlung des Betrags mit sofortiger Wirkung das Kapital gefälligst werden. — Zur Winterferien wurde ein Urlaub genehmigt. — Für die Winterferien wird dem Frauenerzieher auf Ansuchen zur Abhaltung von Nachkuren der Schulauf wie alljährlich überlassen. — Nachdem in der letzten Sitzung über Arbeitsbeschaffung, Winterbeihilfe usw. zur Behebung der ärmsten Not unserer Erwerbslosen beraten wurde, lagen in dieser Sitzung ähnliche und auch weitergehende Anträge einer kürzlich abgehaltenen Erwerbslosenversammlung vor. — Im Interesse der Erwerbslosen muß vor allem versucht werden, die geplante Arbeitsbeschaffung durchzuführen. Allerdings sind die verlangten Winterbeihilfen nicht voll durchzuführen. In diesem Zusammenhang ist eine Prüfung notwendig, um Auswüchse zu vermeiden. Einwilliger Beschluß erfolgt demnach. Dem Wunsch auf Gerätebeschaffung wird entsprochen. Die ungefähr 150 Baumlöcher auszuheben, werden gleichmäßig an die ausgefertigten Erwerbslosen verteilt. Interessant ist und festzuhalten zu werden verdient, daß der in den Erwerbslosenausweis gemählte bekannte Stillführer die Forderungen nicht unterzeichnete, vielmehr wieder ausgeschrieben ist. Hoffentlich ziehen die hiesigen Erwerbslosen aus diesem Verhalten die notwendige Lehre.

Marktberichte

D3. Karlsruher Schlachtwiehmast vom 10. Oktober. Zufuhren: 53 Ochsen, Preise: 30-34, 28-30, 27-29, 25-27, 23-25, 22-23, 45 Bullen, 25-26, 22-23, 21-22, 18-21, 19 Kühe, 19-24, 95 Färsen, 30-36, 22-28, 69 Kälber b 42-44, 39-42, 35-39, 23-28, 1932 Schweine b 46-48, 47-50, 44-48, 42-44, s Sauen 34-38, Rotis: Beste Qualität über Rotis bezahlt. Tendenz: Großvieh lebend, geringer Ueberstand, Schweine mittelmäßig, geringer Ueberstand, Kälber langsam, geräumt.

Kaiser's Kaffeegeschäft liefert wiederum einen hervorragenden Lebensmittel für die Winterhilfe.

Die im vorigen Jahre, so beiläufig Kaiser's Kaffeegeschäft auch in diesem Winter im großen Umfange an der freiwilligen Winterhilfe. Überall, wo die Firma Kaiser's Kaffeegeschäft ihre über 1500 Kaffeebohnen in ganz Deutschland unterhält, werden den Wohlhabendsten Lebensmitteln zur Verfügung gestellt, deren gesamte Menge einen ganzen Gütersack ausfüllen würde.

Zur Nachahmung empfohlen!

ODOL-ZAHNPASTA

mit Lingner-Gedenkmünzen... sie haben Kaufkraft.

Theater und Musik

Badisches Landesheater

Vor dem Krieg galt Ausland als die Heimstätte des Balletts. Es hatte aus dem Glanz der Zarenzeit bis hinein in den Anfang des 20. Jahrhunderts seine alte herrliche Ballettkultur geerbt. Während in den Westeuropäischen Weltstädten, in Paris und Mailand die Tanzkunst verfiel, regten sich in Petersburg neue Kräfte, die das Ballett aus der Verdingung, in die es geraten war, zu höherem Leben erweckte. Bis zum russischen Ballett, das sich auf die Namen Fokin, Dragl, Pawlowa stützte, in aller Welt begehrte Anerkennung erwarb, war die Verbindung einer sonst unerreichbaren Technik mit feinsten Ausdrucksmitteln. Darin lag der Wandel, den der Bühnenschauspieler durchmachen mußte: aus der seelenlosen, nur auf äußeren Bomben gerichteten Nüchternheit mußte sich die individuelle, den Wesen des eigenen Körpers folgende Kunst lösen. Diese individuelle Ausdruckssprache des Körpers hat dann später von der Tänzerin Heller aus Dresden die härtesten Impulse empfangen. Die nur aus Egoismus löbender Erfindungsgeist liegt aber eine große Gefahr in sich: die Gefahr des „Diletantismus“. Das Verhängnis verbindet die Kulturbildung, das Selbstbewußtsein des Dilettanten, sagt Stefan Bar, in seinem großen Werk über den Tanz.

Diese Gefahr umgangen zu haben, ist ein Verdienst der Herrin Dvorak's, der mit der Tanzantenne „Scherzstabe“ und Tänzen in bunter Folge einen Abend mit feiner Kunst bestritt. Der neue Ballettmeister hat es verstanden, höchste individuelle Ausdruckskraft mit feiner bis ins Einzelne durchgearbeiteter Technik zu verbinden. Dazu gesellen sich geschmackvolle, noch vorläufige Eigenart des Trägers entsprechende Kostüme, ein tänzerischer, dem orientalischen Milieu angelehnter Bühnenraum und Beleuchtungseffekte, die ins Zauberland der Märchen von Tausendundeinacht entführen. Der Russe Witschnerschoff hat zu dem Märchen für das Petersburger Ballett den Musik geschrieben. Mit ihren schwerwichtigen lautsprachlichen

Beissen, ihrem jähem Stimmungswechsel und ihrer feinen, unaufrichtigen Tonmalerei ist sie geeignet, durch den Tanz in Bewegung umgesetzt und bestrebt zu werden. Höchste Leidenschaft und tiefste Verzweiflung, eifersüchtiges Ränkepiel und kindliche Eingebundenheit, grausame Verurteilung und aufopfernde Liebe kamen zum erstenmal zum Ausdruck. Herrin Dvorak hat auf feinsten, reichen Erfindungsgeist die Szenenfolge genau aufgearbeitet. Keine Wiederholung hemmt das Tempo der sich steigenden Spannung, die wenigen Höhepunkte der Handlung, bedingt durch die Musik, prägen Bilder, die von Körperlinien in edler Schönheit geprägt waren. Das Bühnengedächtnis zeigt bei aller bis auf äußerste Beherrschung Kultur der Bewegung eine milde und doch in sich zusammengeballte Lebendigkeit, die mitreißend wirkte. Der Gegenpart der beiden Hauptfiguren, der Favoritin — Toni Widmann und der Scherzstabe — Gfriebe Kuhlmann, wurde durch die beiden Tänzerinnen auf glückliche Verleiher. Zu den gleichenden, verführerischen, auch in der Gestalt bewegten Tänzen der Favoritin, bilden die weichen, anmutvollen, ursprünglicheren Rhythmen Scherzstabe's einen wirkungsvollen Kontrast. Beide Tänzerinnen sind von einer beständenden Grazie der Bewegung, die bis in das lebendige und charakteristische Spiel der Hände sich fortsetzt. Die kleine Rolle der Vertrauten gab Irma Kog in ergreifender Lieblichkeit. Herrin Dvorak gestaltete den Scherzstabe zu einer Figur von höchster Ausdruckskraft. Die Geschmeidigkeit und feine Anmut seines ausgearbeiteten tänzerischen Körpers gaben seiner Rolle ein wirkungsvolles Relief. Das Einverständnis in der Kunst mit der Partnerin gedieh zu Höhepunkten im Spiel. Ein ausgezeichnetes Stab von Tänzerinnen, deren jede einzelne besonders gewürdigt werden mußte, bildete den Chor der Dienerrinnen und Tänzerinnen. Eine musikalische Disziplin ließ sich feststellen bei der Durchführung der unzähligen Varianten der Gruppenbilder, wie sie auch in den Solowegern Tänzen am Schluss des Abends noch einmal zum Ausdruck kam. Viktor Dospach als Fürst führte sich formvollendet in das Gesamtbild des Märchens ein.

In den auf die Bantomime folgenden Tänzen wechselte Großes mit feinen Studien, Tonspitzigen und Impressionen. Der Konditorlehrlingspolka mußte wiederholt werden, ebenso

das scharf geschnittene Holzmannchen Herrin Dvorak's und der Scherzstabe Walzer, der von Kindern der Ballettschule entzückt getanzt wurde. Die Soloweger Tänze waren durch ihre charakteristische Verformung ebenso bemerkenswert, wie durch die frische rhythmische Nachzeichnung der gut- und bildvollen Borobinschen Musik. Der Raum gefüllt nicht, Einzelheiten das ihnen zukommende Lob zu zahlen. Der Tanzabend hat einen hohen künstlerischen Genuß. Hans Schbecke leitete die überaus schwierige Scherzstabe-Musik mit großer Umsicht.

Diese Woche finden statt: Wiederholungen des Ballettabends mit der Tanzantenne „Scherzstabe“ am Dienstag, 11.; des Schauspiel „Der 18. Oktober“ von W. Erich Schäfer am Mittwoch, 12.; der Scherzstabe-„Große Szene“ und „Der grüne Kaladur“ am Donnerstag, 13.; der Komödie „Schnöder Nibel“ von Müller-Schlösser am Freitag, 14. und der „Reiseprüfung von Max Dreier am Samstag, 15. Oktober. — Die für diese Woche vorgesehene Uraufführung des Dramas „Ich suche die Erde“ des jungen badischen Dichters Friedrich Roth mußte — da die Vorproben für dieses Werk insofern anhaltender Erkrankungen im Darstellerverband leider unterbrochen wurde — verschoben werden und wird nunmehr am Samstag, 20. Oktober, stattfinden. — Am Sonntag, 16. Oktober, erfolgt die mit größter Spannung erwartete Uraufführung der Oper „Die ägyptische Helena“ von Richard Strauss, deren Textdichtung von Hugo von Hofmannsthal stammt. Am Vormittag desselben Tages findet eine „Morgenspiele“ zum Thema: „Richard Strauss“ mit orchestralen und gesanglichen Programmen unter Leitung von Josef Kreis statt, bei der Herr Intendant Dr. Carl Dagemann, seinen Theaterfreunden gewiß ein dankbar begrüßter Gast, eine „Ansprache“ halten wird. Die Bläserreihe betragen, wie bei den vorjährigen Morgenveranstaltungen gleicher Art nur 0,50 bis 1 RM.

Der Winterdieselpian des Städtischen Konzerthauses wird an diesem Sonntag (16. Oktober) mit der Uraufführung des musikalischen Lustspiels „Liebling adieu“ von Max Bertuch und Kathar Sachs, Musik von Wills Rosen, eröffnet, wobei das erprobte Ensemble unserer Landesbühne seine bereits Tradition gemordene Befähigung für das Singpiel und den Operettenschwank aufs neue zu bewähren haben wird.

Diese Geschäfte der Südstadt werben um Euer Vertrauen



Adolf Dufner
Radio- und elektrotechnische Vertretungen
Karlsruhe, Wilhelmstr. 13 — Tel. 7515
Lieferung nur an Radiohändler und Elektroinstallateure

Heinrich Sayer
Mehlgerei u. Wurstlerei
empfiehlt seine erstklassig.
Fleisch- und Wurstwaren
Wilhelmstr. 53, Tel. 2449

Georg Paul
Die gufsichere Brille
nur von
Georg Paul
Marienstr. 33

Ph. Hagner
Rappurrer Straße 8
Telefon 1995
Autobetrieb u. Säckelverkehr

Albert Neeff
Werderplatz 30
Nur Qualitätsware!

X. Grieshaber
Werderplatz 31
Obst — Gemüse — Kolonialwaren
stets frisch

Drogerie Otto Mayer
Wilhelmstraße 20
Farben, Lacke, Pinsel
sämtliche Hausputz-Artikel

Milch u. Molkereiprodukte
stets frisch, gut und billig im
Spezial-Geschäft
Krimmer
Vogelstraße 81
Vertreter der Deutschen Molkereifachverbandes

Milch, Eier, Butter, Käse
kauft man stets frisch,
preiswert und gut bei
Hans Bayer Winterstr. 25

Lebensmittel
stets frisch und fein
kauft billig man bei
Herrmann ein
Zugartenstr. 15 Tel. 2057

K. Roth
Zugartenstraße 68
Zeitgemäße Werkstoffe
für Schuhbeschlagnungen u.
Reparaturen

Wo lassen wir uns schön machen?
beim **Friseur Wind**
Kaffern 20 Pfg. Haararbeiten 50 Pfg.
Rasche und gute Bedienung

Friedr. Schäfer
Glaser
Marienstr. 62, Telefon 3108
Spezial-Geschäft für gute Silber-Einbau-
mungen — Glasarbeiten

Hermann Eckhorn
Elektrisches Installations-
Geschäft
Radio
Luisenstraße 16 Telefon 3047

Abfahrt der Züge in der Richtung nach:

Pforzheim	Bruchsal-Heidelberg	Schwetzing.-Mannheim	Ettlingen-Ottlingen
4.25 D		1.55 D	13.31 ansg.Sa
4.40 L		2.27 D	13.45 Sa
4.52 W	0.00 D	5.05	15.00 D
5.18 W	5.40	5.53	15.05 D
5.26 S	6.00	7.45	15.42
6.28	7.19	8.00	15.52 FFD
7.41	8.05 T	10.35 D	16.44 W
8.20 E	8.55 E	10.48	6.31
9.17	10.11 T	12.30 FD	7.00 D
9.50	10.30	12.58	7.40 S
11.26 D	11.56 D	13.30 So	7.45
12.07	12.22 FFD	14.26 D	8.05 E
13.12	12.38	14.45	8.16 FD
14.28 D	12.38	16.35 W	8.43
14.34 Sa	13.25 Sa	16.35 W	9.40
16.35 D	14.25	17.15 W	9.51 D
16.40	16.43	17.41 D	12.22 D
17.38	16.43	18.35 W	12.35
17.56 D	17.32	19.06	13.09 D
18.35 W	18.48	20.09	
19.20	19.48 D	20.45 S	
19.43 D	20.52	21.09 FD	
21.00	22.20	22.50	
23.00	23.30	23.34 E	
23.55 D			

Rastatt-Freudenstadt
7.45
10.12 T
15.05
18.27

Eggenstein-Graben-Neudorf
7.10
9.22
11.35 T
12.43
14.26 Sa
16.38 W (ansg.)
16.47 S (ansg.)
17.19 W
18.50
22.03 S

Durmersh.-Rastatt
5.40 W
6.33 W
7.44
9.20
11.08
12.51
13.45 W
15.05 S
16.35 W
17.37 E
19.18
20.32
20.48 T
23.05

Maxau-Platz
4.55 W
6.30 W
6.41 E
7.40
9.30
11.25
12.10
14.16
16.18 W
16.35 S
17.35 W
17.47 E
19.18
20.32
21.30

Otto Haas Werderplatz 25 — Wohnung: Refedenweg 29
Fernruf 1863
Sanitäre Anlagen — Blecherei — Installation
empfiehlt sich für alle ins Fach einschlagenden Arbeiten

Der Papierkorb
Es ist in der Welt wirklich dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen und die Menschen nicht allzu übermäßig begünstigt leben. Geber hat seine Sorgen, seine Schwärzen, aber auch seine Freuden. So geht es auch dem Papierkorb, einem eigentlich teuren, leblosen Gegenstand, der aber indirekt mehr zu erzählen weiß, als man so gemeinhin glaubt. Man ist versucht, an den Papierkorb in den Redaktionen, den Büros und an den der Schriftsteller zu denken. Könnte nämlich ein Papierkorb seine Memoiren schreiben, kämen diese Anklagen an den Tag. Er könnte aber vielleicht auch viele prächtige Witze geben. Wie viele unzulässige Vorwürfe werden gemacht, wie viele sinnlose Briefe und Zuschriften flattern täglich ins Haus, die kaum betrachtet, den Weg alles Irdischen über den Papierkorb als erste Station nehmen.
Ein paar andere Etappen möchte ich dem viel in sich bergenden Papierkorb entziehen.
Es gibt gar nicht wenige Menschen, die gehen schon am Morgen ihren Liebesbriefen nach, am Nachmittag trinken sie gemütlich ihren Tee in einer Räumlichkeit und am Abend haben sie Gäste oder sind selber zu Gast. Die leben aber nicht, daß es viele Menschen gibt, die dieses nicht haben, sondern Morgen für Morgen zur Arbeit gehen und abends müde und entkräftet und unzufrieden den Weg nach Hause suchen. Sie leben dies und schämen sich nicht etwa ihres süßen Nichtstuns, sondern sind stolz auf ihre meistens mühselos zugefertigte wirtschaftliche Höhe.
Wäre haben auch nicht wenige Menschen unter uns, die besitzen ein herrliches Haus mit den erlesensten Möbeln und Bildern und Teppichen, mit edlem Porzellan, guten Wäschern. Diese Menschen müssen notgedrungen auch an den Quartieren der Arbeitenden vorüber — und schämen sich nicht ihres Wohlseins. Nein, sie sind sogar noch stolz auf ihr schönes Haus.
Zeit der Papierkorb wieder einmal plaudern, was ihm alles anberaht wird, diesem nimmerlatten, unerlässlichen Freund erlebiger und unerlebiger sowie unbequemer Angelegenheiten. Kurt Schöpflin.

Ankunft der Züge aus den Richtungen von:

Pforzheim	Heidelberg	Mannheim	Ottlingen-Ettlingen
1.56 D		0.11	14.15 D
2.43	0.46	6.13	3.14 D
3.56 D	2.18 D	7.25	3.24 D
6.12 W	6.07 S	7.54 E	4.34
7.19 W	6.17 W	8.11 FD	6.11 W
7.31 S	6.51 D	9.05	7.00
7.33 W	7.07	9.23	7.41 W
8.59	7.40	11.51	8.50 E
9.34 E	8.31	12.12 D	9.10
10.57 D	9.14	14.04	10.19 D
12.02	9.45 D	14.44 D	10.24 D
13.02 D	10.03 T	15.48 FD	11.20
13.38 Sa	11.35	17.25	11.50 D
14.19	12.16 E	18.28 T	12.18 FD
14.45 D	13.22	20.07	13.48
15.59	14.42	20.15 D	20.21 E
17.24	14.48 D	21.10	23.46 D
18.23 W (ansg.)	17.26		
18.30 D	17.50 D		
19.15 S	18.11		
19.39 W	19.56		
20.18	20.19		
21.42	21.00		
22.16 E	22.12 E		
23.39	22.56 S		
	23.51 W		

Rastatt-Durmersh.
6.12 W
7.02
7.41 W
10.17
11.35 T
13.49
15.20 T

Eggenstein
6.22 W
7.21 S
7.27 W
9.02
10.47
12.08 E
13.24
15.25
16.28 W
17.14 W

Freudenstadt
6.10 W
7.13
9.23
14.40
18.34
21.43 T

Rastatt
7.02
10.17
16.53 W
17.48
19.21

Fensterleder
zu billigen Preisen
Georg Doll
Lederhandlung
Werderplatz Nr. 39

Reformhaus „Süd“
Rudolf Schnurr
Luisenstraße 63 — Telefon 1195
Sämtliche Reform-Lebensmittel,
Reform-Körper-Pflegemittel, Ab-
teilung für Gemüse u. Kartoffeln
aus biologisch-dynamischen Pflan-
zungen
Lieferung frei Haus

Johann Vogel
Werderstraße 1 — Telefon 4252
Elektrotechnisches Installationsgeschäft
Zusführung von elektr. Licht-, Kraft-,
Schwächstrom- und Radiolinien, Be-
leuchtungsgeräte, Motoren, Telefon usw.

Den Damenhof
für jeden Geschmack
finden Sie preiswert bei
Ottmann Am Werderplatz

Hermann Walter
Gummwaren, Gesundheits-
und Krankenpflege-Artikel
Schützenstraße 19, gegenüber dem
Volkshaus Telefon 1129

Frisier-Salon
Hezel
Ecke Zugarten- u. Wilhelmstraße

Butter
Eier / ff. Käse
erhalten Sie stets gut u. preis-
wert im Spezial-Geschäft
Hermann
Großmann
Werderplatz 42 — Telefon 3021

Jhre alten Bestände
werden wie neu, wenn Sie
dieselben verchromen lassen
im Spezial-Geschäft Solinger
Qualitäts-Stahlwaren und
Schleiferei
Karl Hummel / Werderstr. 13

Nirgends so billig wie eine Treppe in
Daniels Konfektionshaus, Wilhelm-
straße 36
Damenmäntel, Kleider
Große Auswahl
Ratenkaufabkommen

Besuchen Sie unsere
Handarbeits-Ausstellung
vom 3.—11. Oktober
Aug. Weber
Karlsruhe, Marienstr. 83

Karl Kraus
Morgenstraße 19
Die billigste Bezugsquelle
in Lebensmittel u. Drogen

U. Bast, Mehlgermeister
Winterstraße 37 (Röhler Grund)
Fabrikation feiner Fleisch-
und Würstchen, H. Moninger Bier,
reine Weine

Cuifen-Drogerie
Leopold Fey
Karlsruhe, Luisenstraße 68

Gg. Maier
Schuhmachermeister
Zugartenstraße 23
Zusammen aller
Schuh-Arbeiten
Günstigste — gut
— billig

Partei-Nachrichten

Parteitag der württemberg. Sozialdemokraten

Stuttgart, 9. Okt. Die Sozialdemokratische Partei Württembergs hielt am Sonntag in Stuttgart einen aus allen Teilen des Landes stark besuchten Parteitag ab, der zu der bevorstehenden Reichstagswahl Stellung nahm.

Als württembergische Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete scheiden somit die Genossen Hildenbrand und Keil aus, die seit 29 bzw. 22 Jahren dem Reichstag angehörten.

Kandidatenaufstellung

Die Parteiparteitage für Berlin und für Potsdam 2 wählten als Spitzenkandidaten aus Berlin: 1. Kurt Crispian, 2. S. Kuhfänger, 3. Clara Bohm-Schuch, 4. Karl Vitzke, 5. Erich Lübke, 6. Dr. Julius Moses.

Potsdam 2: Franz Künzler, 2. Dr. Kurt Löwenthein, 3. Kurt Heintz, 4. Marie Kunert, 5. Fritz Schröder, 6. Richard Hiller.

Scholle Kampfweise der Nazis!

Unter der Überschrift „Der schwankende Krankenfallendirektor“ brachte das Naziorgan Der Führer eine Notiz aus Baden-Baden, wonach ein Direktor, den er als „offizierte, der Sozialdemokratie angehöre“.

Die Parteileitung in Baden-Baden teilt uns mit, daß besagter Direktor der Ortskrankenkasse, Herr Kehler, noch nie Mitglied der Sozialdemokratie war.

Wir müssen annehmen, daß die Tatsache, daß Kehler der Sozialdemokratie nicht angehört, dem Artikelverfasser auch bekannt ist. Aber es ist eine laienhaft bekannte Tatsache der Nazipresse, daß sie alle lächerlichen Vorurteile der Sozialdemokratie aufs Konto zu legen und alle unfauberen Elemente der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen.

Den Gegner mit Schmutz zu bewerfen, geschieht von den Nazis auch aus dem Grunde, um von sich selbst abzulenken. Denn wie die Presse täglich mitteilt, sind in der Nazipresse Charakterlosigkeit, Korruption und Futtertruppenkampf an der Tagesordnung.

Gewerkschaftliches

Die Reichsbahn als reaktionärer Arbeitgeber

Der Arbeitsstreik im Betriebs- und Verkehrsdiens der Reichsbahn hat schon vielfach zu berechtigter Kritik Anlaß gegeben. Auch die Arbeitsgerichtsbehörden haben sich mehrfach mit diesen unhaltbaren Zuständen beschäftigt.

Die Reichsbahnverwaltung hatte sich den Unternehmeranwalt Dr. Mansfeld-Essen verschrieben, während die Arbeiter durch Rechtsanwalt von Einheitsverband vertreten war.

Das Landesarbeitsgericht Essen hat sich also in Übereinstimmung mit den Arbeitsgerichten Dresden und Frankfurt a. M. auf den Standpunkt gestellt, daß die Einführung von Kurzarbeit im Betriebsdienst der Bahnbetriebswerke rechtmäßig zulässig, technisch möglich und wirtschaftlich tragbar ist.

Arbeitererschaft u. Rheinbrückenbau

Eine Kundgebung der Gewerkschaften

Während bisher in der Öffentlichkeit eigentlich nur von den Verkehrsinteressen, in letzter Zeit auch mit Nachdruck von den badiischen Regierung, der Bau der Rheinbrücken bei Speyer und bei Maxau energisch vertreten wurde, und trotz verächtlicher und vieler Kundgebungen und Verhandlungen in der letzten Zeit die Angelegenheit dennoch nicht recht vom Tied zu kommen scheint, hat nun auch die Arbeitererschaft links und rechts des Rheins sich öffentlich mit dem Brückenbau beschäftigt in einer Kundgebung.

Es ist gar kein Zweifel, daß auch für die Arbeitererschaft der Bau einer festen Brücke von großer Wichtigkeit ist. Viele hunderte Arbeiter aus der Pfalz haben in Maxau und Karlsruhe Beschäftigung, auch die Kleinlandwirtschaft der Pfalz, den Weinbau gar nicht zu rechnen, hat enge wirtschaftliche Beziehungen zur Landesbauwirtschaft, zum rechtsrheinischen Gebiet überhaupt, wie ungeliebt auch tausende wirtschaftliche Jüden von Baden nach der Pfalz laufen. Die unzureichenden, ja geradezu skandalösen Verkehrsverhältnisse mit der Schiffbrücke bedeuten ein großes Demniss und Hindernis jeder gelunden Entwicklung.

Der Bau der Brücke hat in den heutigen Krisenzeiten auch als stärkstes Argument für sich.

Hunderte Arbeiter hätten auf Jahre hinaus Beschäftigung und Brot erhalten. Die Gemeinden wären entlastet, die Geschäftswelt würde vor weiterem Niedergang bewahrt, die Wirtschaft hätte den Gewinn. Nach jeder Richtung hin bedeutet also die Erstellung der Brücken einen Vorteil. Es ist deshalb höchste Zeit, daß endlich mit der Ausführung der Projekte ernst gemacht wird.

Einberufer der Kundgebung war der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Karlsruhe, der neben den Vertretern des Allgemeinen freien Angestelltenbundes auch die Arbeitslosen, die Bürgermeister der Gemeinden der Vorderpfalz und andere maßgebende Persönlichkeiten eingeladen hatte.

betonten zunächst die anwesenden Bürgermeister und Gemeindevertreter unter Hinweis auf die schwierige Lage ihrer Gemeinden ihr Interesse am Bau der Brücke. Die Gemeinden brächen bald zusammen unter den Fürsorgelasten der Brückenbau würde durch die Beschäftigung der Arbeitslosen eine ungeheure Entlastung der Gemeinden bringen. Kraß wurde auch das Verkehrsleiden auf der Schiffbrücke geschildert. Bis zu 1 1/2 Stunden ist oft der Verkehr unterbrochen, wo sich hüben und drüben Tausende Fuhrwerke anstauen und hunderte Menschen warten.

Aus aller Welt

49 Zuschauer eines Fußballwettkampfes verletzt. Messina, 10. Okt. Ein schwerer Unfall ereignete sich hier gestern bei einem Fußballwettkampf im Neuen Stadion.

v. Gronau auf dem Indischen Ozean niedergegangen. Manila, 10. Okt. Die hiesige Funkstation hat Notsignale des deutschen Fliegers v. Gronau aufgefunden, die besagen, daß er wegen eines Motordefektes gezwungen gewesen sei, auf dem Indischen Ozean westlich von Swettenham (Straits Settlements) niederzulegen.

Manila, 10. Okt. Ein weiterer Funkpruch v. Gronau besagt, daß er mit keinem Wasserflugzeug etwa 200 Meilen südlich von Pangasinan bei hohem Segelgang treibe. Sein Niedergang auf See sei durch Rauch der Raketenpumpe verursacht worden.

Leipzig (Vandalen), 10. Okt. In einem hiesigen Bergwerk ist ein Förderkorb mit Anlassen abgestürzt. Dabei sind 15 Personen verletzt worden.

Segelflieger abgestürzt und schwer verletzt. Düsseldorf, 10. Okt. Bei einem Segelflug über dem Flugplatz Lobanen stürzte der Jungflieger Oswald aus etwa 30 Meter ab. Die Maschine kam auf den Kopf zu stehen. Oswald erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Spinale für Bombenanschlag. Tokio, 10. Okt. Der Koreaner, der am 8. Januar ein Bombenattentat auf den Kaiser von Japan verübt hatte, und zum Tode verurteilt worden war, ist jetzt hingerichtet worden.

Landtagsabg. Fischer-Ludwigshafen vertritt darauf, daß schon 1926 der ADGB der Pfalz eine Eingabe in der Brückenfrage gemacht habe und zu Beginn der Krise als vordringliches Gebot der Arbeitererschaft den Bau der Rheinbrücken vorgebracht habe.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion habe bei allen Etatsberatungen sich immer dagegen gewehrt, daß bei den Positionen der Arbeitererschaft Abstriche vorgenommen würden.

Die Widerstände in der Pfalz müssen gedrohen werden. Hier muß in Baden will die Speyerer Brücke hinterhalten. Es müssen die Gemeinden und die in Frage kommenden Bezirksstellen mobilisiert werden, ebenso muß auf die Regierung in Speyer eingewirkt werden. Untere Jurisdiktion und Gutwilligkeit muß im Interesse Süddeutschlands aufgegeben werden.

Die Widerstände in der Pfalz müssen gedrohen werden. Hier muß in Baden will die Speyerer Brücke hinterhalten. Es müssen die Gemeinden und die in Frage kommenden Bezirksstellen mobilisiert werden, ebenso muß auf die Regierung in Speyer eingewirkt werden.

Die anwesenden Abgeordneten werden gleichfalls ersucht, die bayerischen Regierung eindringlich das Gelingen, das infolge hiesiger Arbeitslosigkeit herbeigeführt, zu sichern, damit endlich alles wenn und aber fallen läßt und ihre Zustimmung zu Mittel zur Verfügung stellt.

Blutige Familientragödie in Bochum. Bochum, 10. Okt. Zwischen einem Kaufmannsbehaar und seiner Frau heute vormittag ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der Ehemann seine Frau durch Stöße mit Bierflaschen zu Boden schlug.

Explosionsstoffanschlag gegen eine Kirche. Wöhringen, 10. Okt. Der bereits im Januarwert festgestellte 20 Meter hohe Turm der neuen evangelischen Kirche wurde am 6. Oktober, wie bereits mitgeteilt, eingestürzt.

Bankier verhaftet. Wegen umfangreicher Verluste gegen die Devisenverordnung wurde der Berliner Bankier Heinrich Dietrich, Vorstand der Bank für die Jahre 1928 gezündeten Allgemeinen Kredit- und Depositenbank A.G., unter den Linden 19, verhaftet.

Hauseinführung in Kairo. Kairo, 8. Okt. Aus bisher unbekanntem Gründen ist heute die hiesigen Einwohnerviertel ein vierstöckiges Wohnhaus eingestürzt.

Spinale Kinderlähmung in Polen. Warschau, 10. Okt. Die spinale Kinderlähmungsendemie scheint sich in Polen immer mehr auszuweiten. Neuerdings tritt die Krankheit auch in Warschau und Umgebung vereinzelt auf. Insgesamt wurden hier zurzeit 13 Erkrankungen festgestellt.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

11. Oktober.

1531 Ulrich Zwingli fällt bei Kappel. — 1616 *Dichter Andreas Gryphius. — 1805 *Struve, bad. Revolutionär. — 1825 *Dichter Konrad Ferd. Weiser. — 1896 Sos. Parteitag Göttingen. — 1907 *Archäologe Ad. Furumüller. — 1916 *Sos. Ausruf Adams-Webmann. — 1928 „Zerwellen“-Amerikatag.

Die Lumpenfrau

Alle sechs Wochen kommt sie mit ihrem vierrädrigen Wägelchen und macht an der Straßenecke Halt.

„Lumpen, Lumpen,“ ruft sie mit heller Stimme und im Ku ist sie von einer Schar neugieriger Kinder umringt, die auf großen Augen all die netten Säckelchen bestaunen, die auf dem Wägelchen offen zur Schau liegen, und die man gegen Lumpen eintauschen kann.

Schon kommen auch die ersten Lumpen bringenden Kinder mit strahlenden Augen angetrippelt. Und wie wichtig haben sie. Immer größer wird die Zahl der kleinen Kunden.

Die einen bringen die Lumpen in einem Sack. Die andern in einer Pappschachtel. Die nächsten lose auf dem Arm, und so geht es weiter. Die gute Lumpenfrau muß sich schon putzen, will sie mitkommen.

Mitunter tritt auch eine kleine Stodung ein. Wenn der kleine Kunde nicht weiß, was er von den vielen Säckelchen nehmen soll. Er möchte gern, sprechen die Augen und schüchtern deutet er auf mancherlei.

„Da mußt du schon mehr Lumpen bringen,“ erklärte ihm da lächelnd die Lumpenfrau. „Nimm doch das Windrädchen. Machst dir kein Spaß, es geht doch heute so ein guter Wind. Schau, wie es sich dreht.“

Der Kleine nickt mit dem Kopf und eilt dann mit dem Windrädchen davon.

Bei den nächsten Kunden ist es zumeist nicht anders. Jeder möchte immer das, was ihm die Lumpenfrau nicht geben kann.

„Bringt mehr Lumpen, Kinder, dann könnt ihr haben,“ muß die Frau zumal herunterleeren, gibts aber trotzdem vielmals das Gemütsche her. Natürlich hat die Lumpenfrau auch Stammkunden. Der kleine Artur ist einer davon. Sein Tauschgeschäft ist aber immer gleich erledigt.

„Na,“ empfängt ihn heute die Lumpenfrau, und verkauft seine Lumpen im Sack. „So, was willst du jetzt?“ Artur beugt mit Kennernblicken ein bisschen die Säckelchen, dann greift er zu einer Autobatterie.

„Halt du auch ein Auto,“ forschet die Frau lächelnd. „Und ob,“ antwortete Artur. „Sogar einen Zweifiger,“ und geht stolz mit der Autobatterie im Gesicht und dem leeren Sack über die Schulter weg.

Die Lumpenfrau lächelt ihm nach. Ja, so sollte sie lauter Kunden haben. Dann wäre das Geschäft einigermaßen erträglich. Aber so ist der Erlös nicht besonders. Die meisten Kinder greifen eben immer nach Säckelchen, die mehr wert sind wie die Lumpen die sie bringen. Und wenn dann die Kleinen mit ihren treuerbigen und verlangenden Augen an dem bunten Spielzeug hängen bleiben, dann kann eben die Lumpenfrau nicht immer nein sagen, und gibt es her.

Ihr Brot wird zwar dadurch gesüßert, aber wer kann Kinderaugen widerstehen.

Wer ein gutes Herz hat, dann und wann einmal, im übrigen aber nicht mehr. Und die Lumpenfrau hat ein gutes Herz. Häufig wie sie alle Menschen, mühten wir uns über die Sucht nach falschem Gewinn nicht beklagen. Dabei ist die Frau selbst arm, und muß von ihrem Lumpenhandel leben.

Der rote Faden im Colosseum

Was das ein Gedränge und Geschreie an der Kasse und den Eingängen des Colosseum-Saales! „Ausverkauf!“ hieß es schon um dreiviertel sieben, und eiliche Souberte mühten diebischen Gesichtes abziehen. Im Saal herrschte schon eine bedrückende Enge und Fülle und infolgedessen die entsprechende bebende Stimmung. Genosse Professor K o s s o b a c h, der zu Beginn das übervolle Haus mit einigen Worten willkommen hieß, stellte mit Genugtuung fest, daß der „rote Faden“ mit dem heutigen Tage seinen Vormarsch in die Hauptstadt angetreten habe. Ein großes Waanis dieser meist erwachsenen Angehörigen der Arbeiterjugend, die sich von der Wirklichkeitsnot nicht zu Boden drücken lassen, sondern aus ihr die Kraft zu Kampf und Widerstand saugen. Das das Waanis gelungen ist, beweist der starke Besuch der Veranstaltung, die, wie K o s s o b a c h scherzend meinte, das nächstmal wohl in die Festhalle verlegt werden müsse. Auch der Zeitpunkt des Eintritts des roten Fadens in die Stadt scheint glänzend gemäht. Da das Unternehmen rein aus Klassenkunst und künstlerischer Propaganda steht, darf man es als wertvollen Mitstreiter im Ringen des Proletariats begrüßen.

Wir können uns diesen Ausführungen K o s s o b a c h nur anschließen und sprechen unsere Freude darüber aus, daß die junge Künstlerlar seit einem Jahr, wo wir ihr an dieser Stelle zum Vorstoß nach Karlsruhe Mut machten, die letzten Schlägen des Dilettantismus gefühlt und sich durch emsige Arbeit und frische Selbsttätigkeit zu einer Truppe herangebildet hat, der man das Prädikat „künstlerisch“ nicht mehr vorenthalten darf. Man muß bei dieser Gelegenheit dem Genossen S c h r o t z und dem Schauspieler K u h n e für ihre Umsicht, Ausdauer und für die selbstlose Hingabe an die Sache den Dank der Partei aussprechen.

Die jubelnde Aufnahme, die die Vorstellungen der Jugendangelegenheiten fanden, liefert den vollgültigen Beweis, daß die Leistung sowohl mit der Auswahl des Programms als auch mit der Wert und Weise der Darbietung die richtigen Saiten in den Herzen der Hörer anschlagen verstand. Schon der humorvolle und nette Anknüpfung entzifferte Stimm der Applaus, wenn auch das Lampenfieber vor so großem Auditorium seine Textfesterheit bisweilen etwas ins Schwanken brachte.

Ein gedrucktes Programm, das den Besuch nur verteuert hätte, war nicht herausgegeben worden, und es liegt auch nicht in unserer Absicht, das hier nachzuholen. Aus den zwanzig Nummern der beiden Teile des Abends wollen wir als ganz besonders gelungen hervorheben die zwei Sonas aus der „Dreierlöcher“, die außerordentlich realistische Scene des Serenaten Himmelstoll, das „Schlafensand des Dritten Reiches“, wobei die drei vorzuziehenden Grazien mit frenetischem Beifall überschüttet wurden; ferner den dramatischen Steich in 3 Teilen „In der S.L.-Kajene“, wobei namentlich der eine Mitwirkende, der den Gezeiten mitem, ein

hervorragendes Gestaltentale bewies. Die Szene des arbeitlosen Ehepaars, das sich durch Gas vergiften will, fand besonders wegen der am Schluß sich durchringenden waderen Genügnung warme Zustimmung. Auch die „Schicksalstunde“ und die „Revolution“ waren packende Szenen. In Nr. 13 wurde die Idee der Arbeitsdienstpflicht kritisch beleuchtet und als absurdum geführt. Eine köstliche Parodie der monotonen Programmgestaltung des Films brachte Nr. 14, worauf drei Fingerringe in einem flotten Couplet sich als abgebaute Staatsbeamte vorstellten. Das ganze Ensemble fand sich noch zu einer witzigen und urkomischen Parodie der bürokratischen Liebertätigkeit zusammen, um dann zum Schluß des straff strukturierten Kampflied der Eilernen Front in den Saal zu schmettern. Der Jubel des Publikums wollte kein Ende nehmen, und wir gestehen gern, daß wir unsere Erwartungen weit übertraffen fanden. Auch dem Dr o s t e r, das die einzelnen Nummern musikalisch untermalte, gebührt eine Anerkennung, wenn auch infolge der Grippe einzelne Instrumente ausfielen und die Musik dabei stellenweise etwas dünn klang. Wie wir uns zuverlässiger Quelle erfahren, soll der Abend, um auch die diesmal zu kurz gekommenen noch zu erzeuen, in Wäde wiederholt werden. M.

Öffentliche Wahlversammlung

Mittwoch, 12. Oktober, abends 8 Uhr

Städt.: „Deutsche Eide“. Referent: Landtagsabgeordneter Trinks.

Tagesordnung:

„Die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion: Umbau der Wirtschaft — Sozialistische Ordnung, nicht kapitalistische Diktatur und Ausbeutung — Republik und Demokratie, nicht Kanter- und Militärdiktatur.“

Gesundheitsregeln für den Herbst

Vom Landesauschuss für hygienische Volksbelehrung wird geschrieben:

Die schönen Tage des Herbstes machen uns den Abschied vom Sommer schwer. Wir wollen es noch nicht wahrhaben, daß die warme Jahreszeit vorüber ist und lassen uns dadurch im Herbst oft zu Lorbeeren verleiten, die wir mit einem Schnupfen, einem Herzklopfen, einem Gelenkatarrh, wenn nicht mit schwererer Erkrankung, büßen müssen. Da heißt es also aufpassen und sich einige Gesundheitsregeln für den Herbst zu eigen machen.

Zunächst müssen wir in der Auswahl unserer Kleidung den strengen Temperaturoverhältnissen der herbstlichen Witterung gebührende Rechnung tragen. Am Morgen und am Abend veresse man nicht, den Mantel anzuziehen oder wenigstens für den Bedarfsfall mitzunehmen. Auch empfiehlt es sich, schon ein wenig wärmeres Unterzeug, d. h. möglichst wollene Unterkleidung, besonders bei feuchtem oder nebligem Wetter, zu tragen. Das vom Sommer her gewohnte lange Sitzen im Freien und besonders am Abend muß man vermeiden, dagegen ist ein herbstlicher Spaziergang, der das Blut in Umlauf bringt, durchaus zu empfehlen. Hat uns ein plötzlicher Regenschauer überrascht, dann fäume man nicht, zu Hause angelangt, Schuhe und Strümpfe zu wechseln.

Ob man im Herbst schon heizen soll, ist eine Frage, die weniger der Kalender als vielmehr das Zimmerthermometer beantworten sollte. Auch darf dabei niemals vergessen werden, daß blutarme Menschen und alte Leute leichter frieren als andere.

Es wird empfohlen sein, die Kost im Herbst etwas fettreicher zu gestalten, im übrigen sollte man für die Ernährung die Gaben der Jahreszeit, vor allem aber reichliches Obst und frische Gemüse, solange sie noch zu haben sind, bevorzugen und sich so Nährstoffe, die uns im Winter fehlen, gleichsam auf Vorrat einverleiben. Ein kaltes Getränk ist es, sich im Herbst „abkühlen“ zu lassen und die Risiken der herbstlichen Witterung unbeachtet zu lassen. Wer nicht den Frühling und Sommer dazu benutzt hat, der darf sich nicht wundern, wenn er dem Heer der Herbstkrankheiten zum Opfer fällt.

Aus der Arbeiterabstinenzbewegung

Am letzten Samstag fand im Hause des Gen. Dr. K a s n eine Versammlung des Arbeiterabstinenzbundes statt, in der Genosse Deubel einen instruktiven Vortrag über „Alkoholfrage und Arbeiterklasse“ hielt. Ausgehend von der Tatsache, daß wir immer noch trotz der Krise jährlich rund 5 Milliarden RM. für alkoholische Getränke in Deutschland ausgeben und seit 1925 rund 30 Milliarden RM. dem Kaufkraft Alkohol geopfert haben, betonte Gen. Deubel, daß die Krise für uns durchaus kein Anlaß sein darf, im Kampfe gegen den Volkseind Alkohol zu erlahmen. Wie die Erfahrung lehrt, daß, wer lediglich durch die Mittellosigkeit am Alkoholgenuss gehindert wird, sich mit um so größerer Gier dem Dämon Alkohol in die Arme wirft, sobald die Mittel dies ihm erlauben. Der Redner beleuchtete die Alkoholfrage nicht so sehr vom gesundheitlichen, als vielmehr vom Klassenkampfstandpunkt aus. Weil wir Sozialisten sind, deshalb sind wir Abstinenten und wir können uns keinen sozialistischen Staat denken, in dem nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Ursachen des Alkoholismus: Alkoholproduktion und Trinksitten mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. An Hand geschichtlicher Tatsachen wies er nach, daß ganze Völker, die Zehntausende lang glücklich gelebt haben, ohne den Alkohol zu kennen, völlig vernichtet und ausgerottet wurden, nachdem sie mit dem „Feuerwasser“ Bekanntheit gemacht hatten. Europa ist von der Alkoholseuche am meisten bedroht und es gibt ein ganzes Drittel der Bevölkerung der Erde — Buddisten und Mohammedaner —, das völlig alkoholfrei lebt und nichts von unsern Seufzereien und Trinksitten weiß und infolgedessen auch nicht die unbemessene Volkskrankheit, Alkoholismus kennt. Eine ganze Reihe der bedeutendsten Wissenschaftler wie K r ä p e l i n, H y e r, B o l l i n g e r waren und sind Kämpfer der Abstinenzbewegung, aber auch bedeutende Arbeiterführer haben und fanden im Kampfe gegen den Kampfes gegen die Kaufkraft. Es darf nur auf Viktor Adler, Solmann und nicht zuletzt auf den ganz besonders in Baden hoch verehrten Genossen Dr. Frank hinweisen werden. Gen. Deubel konnte ein von Gen. Dr. Frank eigenhändig geschriebenes Schriftstück vorlesen, in dem sich der Redner mit Begeisterung zur Abstinenzbewegung bekennt und seiner Überzeugung mit glühendem Impuls Ausdruck gibt, „daß ohne Kampf

gegen den Alkohol nicht an den Sieg der Demokratie und des Sozialismus zu denken ist“. Der Sozialismus ist nach Bebel die auf allen Gebieten angewandte Wissenschaft. Die Wissenschaft hat den Alkohol als ein der Menschheit und ganz besonders des Aufstiegs der Arbeiterklasse ganz gefährliches Gift und Dummheit entlarvt. Deshalb müssen wir nicht nur im Interesse der Gesundheit, sondern ganz besonders im Interesse des Aufstiegs der Menschheit zu lichter, schöneren Höhen des Daseins, die ein durch Kaufkraft markiertes Volk niemals erreichen kann, im Interesse des wahren, des reinen Sozialismus, der losgerißt ist von aller bürgerlichen Unkultur, Abstinenten sein.

Der Vortrag wurde von der aufgesuchten Verammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachdem noch die Genossen Döhn, Dr. K a s n und von der Berg im Sinne des Referenten weitere Ausführungen gemacht hatten, konnte nach Erledigung einiger Bereinigungssachen die geistig hochstehende, von bester Stimmung getragene Versammlung geschlossen werden. D-1.

Aus Organisationen und Vereinen

Bunter Abend beim Jugendherbergsvorband

Die Zeit nach dem Kriege brachte für die Jugend den schönen Gedanken der praktischen Jugendhilfe. Nicht nur für die frange und gefährdete Jugend sollte gefordert werden, mindestens so wichtig war die vorzubehaltende Arbeit an dem gesunden Teil dieser Jugend. Solche Gründe stehen das deutsche Jugendherbergswerk entstehen, das sich soviel Freunde erworben hat, daß auch im Ausland sich eifrige Anhänger für diesen Gedanken fanden. Die Jugend sollte wandern, sollte zum Wandern erzoogen werden. Das war alles viel leichter wenn sie Heime hatte in denen sie unterkommen konnte, wenn sie auf froher Fahrt war. Die Praxis zeigte eine gute Erkenntnis, die sich unterbrochen wurde, durch die einleitende Wirtschaftskrise. Die starke Erwerbslosigkeit verbot der Jugend auch die kleinste Ausgabe. Gerade die Jugend, die es vielleicht am notwendigsten gehabt hätte, kommt jetzt, da sie Zeit in überreichem Maße zur Verfügung hat, erst den Stützen des Jugendherbergswerkes. Da soll geholfen werden. Die Jugend selbst hilft tatkräftig mit, aber auch die Eltern, die Ermaneren, sollen sich daran beteiligen. In der vergangenen Woche hat der badische Jugendherbergsvorband eine Sammlung durchgeführt, die zur Stützung des Werkes dienen sollte. Aus diesem Anlaß fand auch am letzten Freitagabend in dem schönen Saal des Studentenbauhauses ein Bunter Abend, unter Mitwirkung der Karlsruher Jugendbünde, statt. Eine stattliche Zuhörerschaft erfreute sich an den schönen Darbietungen. Volkslieder und Volkstänze wurden in gleicher Weise gefeiert. Man sah, daß diese Jugendlichen sich mit Freude der Pflege alter Volkstunste widmen. Sie haben mit ihrem auf gelungenen Abend, der musikalisch mit Beiträgen der Karlsruher Orchestervereine umrahmt wurde, sicherlich manchen neuen Freund für den Gedanken der deutschen Jugendherbergen gewonnen. Was nun auch das Ergebnis der Sammlung einen schönen finanziellen Erfolg bringen, damit auch eine wirksame Hilfe gebracht werden kann.

Die Polizei berichtet:

Körperverletzung

2 Bewohner der Altstadt wurden angezeigt, weil sie sich an Schlägereien beteiligen und dabei andere Personen verletzt haben.

Verkehrsunfall

Ede Gillingen Straße in der Straße „Am Stadtoarten“ stieß gestern nachmittags ein Perionentraktorwagen mit einem Einpännerfahrzeug zusammen. Beide Fahrzeuge wurden dabei beschädigt. Verletzt wurde niemand.

Bettlerunwesen

Mehrere auswärtige Bettler wurden gestern festgenommen und dem Polizeirathsdium vorgeführt.

(1) Von der Fußbeschlageschule in Karlsruhe. Nach den gemachten Erfahrungen wird die Klauenpflege der Rinder auf dem Lande noch sehr vernachlässigt. Klauenkrankheiten treten dabei sehr häufig auf, wodurch die Verwendung der Tiere im Fabren noleidet, die Milch- und Fleischleistung zurückgeht, Fatten bald zuchtunbrauchbar werden und solche Tiere oft frühzeitig mit großem Verlust zur Schlachtung abgegeben werden müssen. — Es ist auch eine Tierquälerei, dem Vieh verbleibende Klauen zu belassen. Die bisherige Art des Klauenabschneidens war aber mit großen Beschwerden für Tier und Mensch verbunden, wogegen das Klauenabschneidens einfacher und wirksamer ist. In den Bad. Fußbeschlageschulen ist daher das Klauenabschneiden der Rinder nach Klauener Art in den Lehrplan aufgenommen. Zur Unterrichtung älterer Schmiede in diesem Verfahren hat die Fußbeschlageschule in Karlsruhe einen besonderen Zügigen Lehrgang im Klauenabschneiden nach Klauener Art mit theoretischem Unterricht und praktischen Übungen vor kurzem abgehalten, der von Schmieden aus der Umgebung gut besucht war. Es ist beabsichtigt, weitere solche Kurse abzuhalten, um diesem fortschrittlichen Verfahren im Klauenabschneiden möglichst rasch Verbreitung zu verschaffen. Anmeldungen sind an den Vorstand der Fußbeschlageschule in Karlsruhe zu richten. An dem am 1. September 1932 begonnenen 4monatigen ordentlichen Kurs im Fußbeschlagen nehmen zur Zeit 16 Schüler teil.

(2) Eigenartiger Vorkerwerb. Auf eigenartige Weise sucht sich ein arbeitsloser Familienvater, Leonhard N i n g e r aus Herbrechtlingen, seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Zusammen mit einem Freund hat er in mühevoller Arbeit eine getreide Maschinbildung des Hiesenshiffes „Europa“ verfertigt; er verkauft auf seiner Wanderung durch Deutschland die Ansichtskarten dieses Werkes, das er gegenwärtig bei der Hauptpost öffentlich zeigt. Die Verfertigung des Modells soll 3900 Arbeitsstunden benötigt haben. Es ist im Herbst 1:150 gefertigt.

Lichtspielhäuser

Badische Lichtspiele

Ein einigartiger Heimat- und Kulturfilm kommt im Konzerthaus ab Dienstag den 11. Oktober zur Aufführung. „Das schöne Schwabenland“, ein für Württemberg und andere Deutsche gleich hochinteressanter Gang durch das herrliche Land am Neckar, das Hohenloher- und Franckenland. Reisen und ihre schöne Heimat wirklich kennen und lieben lernen, können heute nur noch wenige Deutsche, oder im Film unvertrautes wieder zu erleben und immer neue Schönheiten zu entdecken, kann jeder, der Lust und Liebe dazu hat. Darum auf in die Heimat uneres Schiller, Wieland, Schiller, Hoff, Wölk, Justus Berner, Wölk, Gerod usw., des Württembergers, des Grafen von Solms, auf ins Franckenland, in welchem der berühmte Roman von Agnes Gänther „Die Heilige und ihr Herr“ beheimatet ist. Nicht nur Burgen und Kirchen, Dörfer und Städte des Schwabenlandes schauen wir, auch die Darstellung altschwäbischer Sitten und Gebräuche: wie „Fischerleben“, „Ebermann“ und die veritaunteren Sitten wie Auelbeischen und Ställe essen, gibt uns ein wertvolles Bild vom Charakter und Leben unserer Nachbarn. Eine besonders seine Art der Filmvorführung kommt dadurch zustande, daß Herr Kammerfänger W ä t t n e r die Vorführung erläutert und die schönsten Volkslieder dazu singt. Schwarzwälder Firmen wie Huber und Schöb Eöhne haben zu der Karlsruher Aufführung Rundharmonikas und Violoncellen gestellt, die unter den Zuschauern verlost werden. Aller am Dienstag und Mittwoch die Eintrittskarten nicht wegwerfen! Seiten als Nummern!

Veranstaltungen

Genie Gellerau-Larenburg. Kofalle Glöbel, die Leiterin der weitberühmten Langschule Gellerau (früher Dresden, jetzt Schloss Larenburg bei Wien) kommt nach 5 Jahren heute wieder nach Karlsruhe...

Vorläufige Wettervorhersage

Wetterausichten für Mittwoch, den 12. Oktober 1932: Keine wesentliche Veränderung.

Wasserstand des Rheins

Hafel 23, Balbschut 228, gef. 2, Rheimweier 171, Rehl 230, gef. 3, Maxau 376, gef. 7, Mannheim 235, gef. 5, Caub 156, gef. 3.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungen. 7. Okt.: Gertrud Walter, alt 96 Jahre, Ehefrau von Wilhelm Walter, Bäcker. — 8. Okt.: Karl Kranich, Fuhrmann, Ehemann, alt 57 Jahre, Dorothea Wegeler, alt 43 Jahre, Ehefrau von Leonhard Wegeler, Bäcker...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Frauenversammlung Am kommenden Mittwoch, 12. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Saale des „Gambirinus“, Erbprinzenstraße, eine Frauenversammlung statt...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Stafs und Schufs. Einsegnungen zur Fahrt nach Mannheim (16. Oktober) müssen bis zum Donnerstag (13. Oktober) auf der Geschäftsstelle getätigt sein.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

T.B. 2 Dienstag abend 18.80 Uhr: Turnhalle. Schuhe mitbringen.

Dereinsanzeiger

Das ist die Zeit der Kampfbereitschaft. Der Kampf ist die Voraussetzung für den Sieg.

Gemeindepolitik

Die Not der Gemeinden

Zu den Industriezweigen, die unter der jetzigen Wirtschaftskrise mit am härtesten Not leiden und deren Lage durch die neuerliche Entwicklung der deutschen Handelspolitik immer weiter verschlechtert wird, gehört die Uhrenindustrie des Schwarzwaldes.

Letzte Nachrichten

Sowjetfahne auf einer Mejer Kaserne

Mey, 10. Okt. Die kommunistische Sumanität in Paris berichtet, daß am 7. Oktober von Mejerfeld, die aus dem Militärdienst schied, auf der Kaserne des 3. Infanteriebataillons von Mey die Sowjetfahne gehißt worden sei.

Gelbblausch. Spelekartoffeln zur Winterinkollerung aus den besten badischen Kartoffelanbauebenen wie Eppinger, Bretten und Sinheimer Gegend...

Haba meine Praxis von der Friedenstraße 7 nach der Vorholzstraße Nr. 9. Halbtägige Klapprechtstraße verlegt.

Naturheilpraktiker Viktor Haug. Amtliche Bekanntmachungen Bürgersteuer 1932.

Zwangsvorverkauf. Mittwoch, den 12. Oktober 1932, nachmittags 2 Uhr werde ich in Karlsruhe im Stadtsaal, Verrentstr. 45 a, gegen bare Zahlung im Stadtsaal, Verrentstr. 45 a, gegen bare Zahlung im Stadtsaal...

100 Liter alten Weißwein mit Preisabgabe zu kaufen gesucht. 18. Oktober, Sa. 13.10. Große Szene, Hierau. Der grüne Kaktus.

5 Räume und 1 Mansarde nebst Zubehör im 1. Obergeschloß Kaiserstraße 136 als Büro oder Wohnung auf 1. November 1932 oder später zu vermieten.

5 Räume und 1 Mansarde nebst Zubehör im 1. Obergeschloß Kaiserstraße 136 als Büro oder Wohnung auf 1. November 1932 oder später zu vermieten.

Bad. Lichtspiele, Konzerthaus. Nur Dienstag u. Mittwoch, jew. 5 u. 8.30 Uhr. Der große herrliche Heimatfilm „Das schöne Schwabenland“.

Hausbesitzer von Karlsruhe! Am Mittwoch, dem 12. Oktober, pünktlich 20 Uhr, findet eine große Versammlung im Saale der „Eintracht“.

Gartenvorstadt Grünwinkel. Wir haben sofort zu vermieten: In Daglanden, im schönsten Lage: Gartenwohnung, 3 Zimmer, Bad, Küche und Zubehör.

100 Liter alten Weißwein mit Preisabgabe zu kaufen gesucht. 18. Oktober, Sa. 13.10. Große Szene, Hierau. Der grüne Kaktus.

100 Liter alten Weißwein mit Preisabgabe zu kaufen gesucht. 18. Oktober, Sa. 13.10. Große Szene, Hierau. Der grüne Kaktus.

100 Liter alten Weißwein mit Preisabgabe zu kaufen gesucht. 18. Oktober, Sa. 13.10. Große Szene, Hierau. Der grüne Kaktus.

100 Liter alten Weißwein mit Preisabgabe zu kaufen gesucht. 18. Oktober, Sa. 13.10. Große Szene, Hierau. Der grüne Kaktus.

100 Liter alten Weißwein mit Preisabgabe zu kaufen gesucht. 18. Oktober, Sa. 13.10. Große Szene, Hierau. Der grüne Kaktus.

100 Liter alten Weißwein mit Preisabgabe zu kaufen gesucht. 18. Oktober, Sa. 13.10. Große Szene, Hierau. Der grüne Kaktus.

Eine gepflegte Abteilung: Pelze. Nerzkanin-Felle 48.7, Biberette-Kaninfelle 75.7, Skunkskanin-Felle 95.7, Nerzkanin-Platten 4.90, Sealkanin-Platten 6.50, Rollkragen 3.90, Lammfell- und grose Skunks Kanin-Kragen 7.90, Gr. Sealkanin-Kragen 5.50, Schalkragen moderne lange Form, aus Lammfell, in mod. Farben 9.75, Sealkanin-Stückenkragen 2.90, Pelzrollchen schwarz, weiß braun Meter 1.45.

Mouflonette-Kragen in modernen Farben, Stück 95. Krawatte Lammfell oder amerik. Opossum, mit Kopf, Schweiß, Klammer, Kette, auf Kunstseide gefüttert 4.90.

Chinesische Ziegenfelle 7.25, Chinesische Ziegenfelle gefärbt, gefüttert 8.50, Island-Angorafelle Naturform, weiß u. farb. 9.75, 8.50.

HERMANN TIETZ KARLSRUHE. Gaggenauer Anzeigen. Öffentliche Bürgerauschreibung. Am 10. Oktober 1932, abends 7 Uhr, in den Bürgeraal des Rathauses ein Tagesordnung: 1. Verkauf von Gelände (Vorlage Nr. 16), 2. Gebäudefortbau (Vorlage Nr. 17), 3. Geländeaufbau und Geländeaufreingung an der Seppel- und Habener Straße (Vorlage Nr. 18), 4. Geländeaufbau und Geländeaufreingung an der Schulstraße (Vorlage Nr. 19), 5. Waldsanftmachung und Anlegung von Kleingärten (Vorlage Nr. 20), 6. Geländeaufbau an der Friedhofstraße (Vorlage Nr. 21), 7. Geländeaufbau an der Friedhofstraße (Vorlage Nr. 22), 8. Geländeaufbau (Vorlage Nr. 23).

In jede Familie den Volksfreund